



info

01/2019

Demokratie in Gefahr?

Schwerpunkt
Ende der
Gewissheiten

Flucht, Migration, Integration
An einem
Strang ziehen

Politik für Europa
Gerechter. Sozialer.
Weniger ungleich.

SCHWERPUNKT – DEMOKRATIE IN GEFAHR

- | | | |
|--|---|--|
| <p>3 Ende der Gewissheiten
Leitplanken für einen politischen Ideenwettbewerb</p> <p>4 Trügerische Sicherheit
Ehrenamt nachhaltig stärken
Fragen an Svenja Stadler</p> <p>5 Eine Metapher</p> <p>6 Es müssten die Alarmglocken klingeln
Zur Krise des westlichen Demokratiemodells
Fragen an Colin Crouch</p> <p>7 »Krise! Krise? Zukunft der Demokratie«</p> <p>8 Er kämpft, etabliert und verteidigt
Blick auf die Geschichte der Demokratie in Deutschland</p> <p>10 Das Versprechen auf politische Gleichheit gilt nicht mehr
Wachsende Kluft zwischen Wählern und Gewählten
Fragen an Armin Schäfer</p> | <p>11 Dauergefahr für die Demokratie
Ungleiche Teilhabechancen überwinden</p> <p>11 »Wichtiger als je zuvor«
Generaldirektor Guy Ryder über die nächsten 100 Jahre Internationale Arbeitsorganisation</p> <p>12 Die EU schaut nicht mehr bloß zu
Demokratie in Europa unter Druck</p> <p>13 Zaghafte Zuversicht
Brasilens Demokratie in Turbulenzen
Fragen an Jose Marcelo Zacchi</p> <p>14 Kein Grund für Alarmismus
Polens Demokratie auf dem Prüfstand</p> <p>15 Parallelwelten
Unterschiedliche Wahrnehmungen der ungarischen Demokratie</p> <p>16 Hybride Bedrohungen
Digitale Risiken für die politische Kommunikation</p> | <p>17 Nebel im #Neuland?
Digitale Chancen für die politische Kommunikation</p> <p>18 Das europäische Friedensprojekt steht auf dem Spiel
Polarisierung der Debatten online und offline
Fragen an Julia Ebner</p> <p>19 Sprechfähig bleiben</p> <p>20 »Raus mit der Sprache!«
Was junge Menschen über Demokratie zu sagen haben
Fragen an Ella Anschein</p> <p>21 Früh übt sich
Rahmenbedingungen für die demokratische Schule</p> |
|--|---|--|

THEMA

Flucht, Migration, Integration

- | | | |
|--|--|--|
| <p>23 An einem Strang ziehen
Drei Elemente für die Umsetzung des Globalen Migrationspakts</p> | <p>24 »Wir brauchen eine intelligente Steuerung der Migration aus Drittstaaten«
Arbeitsmarkt vor grundlegendem Wandel
Fragen an Herbert Brücker</p> | <p>26 Es bleibt viel zu tun
Geflüchtete Frauen auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>27 Auf Acker und Autobahn
Ausbeutung von Zugewanderten und Entsandten</p> |
|--|--|--|

THEMA

Politik für Europa

- | | | |
|--|---|---|
| <p>29 Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich.
Was die Deutschen von Europa erwarten</p> <p>32 Zehn Dos and Don'ts
Der Umgang progressiver Parteien mit Rechtspopulisten in Europa</p> | <p>34 Trotz Brexit-Votum: kein Bruch mit dem Kontinent
Studie über das Bild der EU in Großbritannien</p> <p>35 Ein Schrei nach Veränderung</p> <p>36 Eurozonen-Haushalt: ja, nein, vielleicht
Ohne Gestaltungsanspruch keine Reform der Eurozone</p> | <p>37 Rumänien: Umstrittene Reformvorhaben
Widerstand gegen Missbrauch politischer Macht</p> <p>38 Unfairer Wettbewerb
Europäische Regeln für digitale Plattformökonomie entwickeln</p> <p>39 Stagnation statt Fortschritt
Klimaschutz und Klimadiplomatie der EU nicht ambitioniert genug</p> |
|--|---|---|

NOTIZEN

37 Notizen

41 Leseempfehlungen

Liebe Leserin, lieber Leser

zwischen kann es keinen Zweifel mehr geben: Die Parteiendemokratie nach westlichem Modell befindet sich in der Krise. Das Vertrauen in die politischen Institutionen und ihre Repräsentanten schwindet.

Den gewählten Politikern wird zunehmend weniger zugetraut, auf die drängenden Herausforderungen der Gegenwart die richtigen Antworten zu finden. Populisten profitieren von dem wachsenden Drang nach einfachen Lösungen und kanalisieren Wut und Verachtung.

Die sozialen Medien verstärken und verzerren Grundstimmungen, die zum Wandel der politischen Kultur und des Wahlverhaltens beitragen. Versuche der Manipulation und Falschinformationen sind an der Tagesordnung. Wahlverfahren werden auch mit digitalen Angriffen bedroht.

Zwar gibt es in Deutschland immer noch eine Mehrheit, die die Demokratie als beste Staatsform anerkennt, aber die Unzufriedenheit steigt sichtbar an. Drohen auch hierzulande Entwicklungen, wie sie bereits in den USA, Brasilien, Großbritannien oder Ungarn zu beobachten sind?

Ist die Demokratie grundsätzlich in Gefahr?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung befasst sich als Einrichtung der politischen Bildung und Beratung sowie der internationalen Zusammenarbeit in intensiver Weise mit dieser Fragestellung.

Durch unser Netzwerk von politischen Beobachtern, Politikerinnen, Aktivistinnen und Aktivistinnen gelingt es mit geschärftem Blick die Entwicklungen nüchtern zu beobachten, zu analysieren und zu bewerten.

Ziel ist es, Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote zu erarbeiten, die auf der Grundlage der Ideale der Sozialen Demokratie, zum Erhalt und der Weiterentwicklung einer offenen, gerechten und pluralistischen demokratischen Demokratie beitragen können.

Dieses Heft präsentiert Perspektiven und Empfehlungen, die einerseits helfen können, reale Bedrohungen einzuordnen, die aber auch Zuversicht vermitteln wollen, dass die zerstörerischen Kräfte der Feinde der Demokratie nicht unüberwindbar sind.

Eine Bestandsaufnahme des aktuellen politischen Stimmungsbildes stellen auch die Ergebnisse einer Umfrage dar, die die Erwartungen der Deutschen von Europa ermittelt hat.

Eine weitere Studie hat den Umgang progressiver Parteien mit den rechtspopulistischen Kräften in Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland untersucht und dabei systematisch die Gegenstrategien der anderen Parteien in den Blick genommen.

Weitere Beiträge befassen sich u. a. mit den Folgen des Globalen Migrationspaktes und den Bemühungen der FES, in diesem Zusammenhang mit ihrem weltweiten Netzwerk die Umsetzung des Paktes zu unterstützen.

Daneben werden unterschiedliche Aspekte der Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt thematisiert.

Wir hoffen, dass diese und die Vielzahl weiterer Artikel in diesem Heft Ihr Interesse finden und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die »info«-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030_269 35-7038
peter.donaiski@fes.de

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-7036
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

Leitwerk. Büro für Kommunikation
www.leitwerk.com

Druck

Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis

Mark Bollhorst: S. 26
BUG e.V.: S. 27
Balász Böröcz: S. 15
Niccolo Caranti: S. 7
M. Eberhardt: S. 5
FES: S. 9, 12, 16, 23, 31, 33, 34, 37, 41, 42
Amanda Forman: S. 19
Gerngross Glowinski Fotografen: S. 41
Peter Groth: S. 21
JMZ Brasilien: S. 13
Volker Lannert: S. 4
Arne Lietz: S. 39
Gerhard P. Müller: S. 40
Murr: S. 25
picture alliance / dieKLEINERT.de /
Martin Erl: S. 21
picture alliance / dpa: S. 2, 6/7, 12, 28, 39
picture-alliance/ dpa/dpaweb: S. 10
picture alliance / dpa Themendienst:
36/37
picture alliance / John Heeneman: S. 35
picture alliance / imageBROKER: S. 22
picture alliance/SZ Photo: Titel
picture alliance / Alexey Vitvitsky//dpa:
S. 15
picture alliance / Bernd Wüstneck/dpa-
Zentralbild/dpa: S. 25
privat: S. 10, 17, 20, 38
Leonardo Puccini: S. 14
Svenja Stadler/Katja Zimmermann: S. 4
Maren Strehlau: S. 11, 40, 41
Shutterstock: S. 16/17, 18/19

ISSN 0942-1351

Demokratie in Gefahr?



Schönste Lage. Wie gewohnt.
Barbarossaplatz, Berlin-Schöneberg



60% verkauft

Hier entstehen hochwertige Eigentumswohnungen mit 1 bis 5 Zimmern
von zirka 23 bis 220 Quadratmetern.

03 88 96-650 :: www.barbarossa-schoeneberg.de

Ende der Gewissheiten

Leitplanken für einen politischen Ideenwettbewerb

Von Frank Decker

Mit der nachholenden Etablierung des Rechtspopulismus wird nun auch in Deutschland zur Gewissheit, dass die Ära der demokratischen Stabilität, die den Ländern der westlichen Welt jahrzehntelang Wohlstand und Frieden beschert hat, sich dem Ende zuneigt. Krisendiagnosen waren zwar auch schon früher – zumal mit Blick auf Parteien, Regierungen und Parlamente – allgegenwärtig; sie verblassen jedoch vor den neuen und neuartigen Herausforderungen, denen sich die Parteiendemokratie heute grundsätzlich gegenüber sieht.

Das erste und schwierigste Problem besteht darin, dass die beschleunigte Globalisierung der Realwirtschaft und der Finanzmärkte den Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Politik zunehmend einschränkt. Dies betrifft vor allem die unter Legitimationsgesichtspunkten besonders wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und Sozialpolitik. Die Staaten können zwar durch internationale Kooperation Gestaltungsmacht zurückgewinnen, doch ändert das nichts daran, dass die Demokratie als Regierungs- und Herrschaftsform an die nationale Sphäre gebunden bleibt. Wie mühselig es ist, sie über diese Sphäre hinauszuheben, zeigen der Verlauf und die aktuellen Schwierigkeiten des europäischen Integrationsprozesses.

Eng verwoben damit ist das zweite Problem. Indem sie die nationalen Wohlfahrtsstaaten und Arbeitsmärkte unter Druck setzt, verstärkt die Globalisierung die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Während das obere Drittel der Gesellschaft Wohlfahrtsgewinne einstreicht, steigt das untere Drittel ab oder fühlt sich vom Abstieg bedroht. Verschärft wird die Ungleichheit durch den gleichzeitig rückläufigen gemeinschaftlichen Zusammenhalt, der eine Folge der Individualisierung darstellt und auch die Alltagskultur dem Prinzip des Marktes immer mehr unterwirft. Als konfliktträchtig erweist

sich besonders die Inklusion der nicht eingessenen Bevölkerungsgruppen und Zuwanderinnen und Zuwanderer.

Das dritte große Problem entsteht durch die Digitalisierung. Es ist in seinen Ausprägungen und Konsequenzen noch nicht wirklich absehbar. Der von manchen geäußerten Hoffnung, das Netz führe zu mehr direkter Demokratie und einer größeren Entscheidungstransparenz, stellen andere die Schattenseiten einer immer stärker fragmentierten Öffentlichkeit und der Unterminierung elementarer Prinzipien wie Respekt und Dialogbereitschaft entgegen. Noch gravierendere Folgen drohen durch die Aushöhlung individueller Freiheitsrechte oder manipulative Eingriffe in die Freiheit des demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses mittels sogenannter *social bots* und anonymisierter Netzwerke, die als Mittel der stillen Kriegführung auch von Terroristen oder auswärtigen Mächten eingesetzt werden können.

Die politischen Systeme haben auf diese Herausforderungen durch eine Anpassung ihrer Entscheidungsstrukturen durchaus reagiert. Die Verlagerung von Entscheidungszuständigkeiten auf die europäische und transnationale Ebene birgt freilich das Problem, dass sie die Entscheidungsprozesse der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit noch weiter entzieht, die die Bürger_innen aus der nationalstaatlichen Sphäre gewohnt sind und waren.

Wenn diese Diagnose stimmt, dann lassen sich daraus folgende Anforderungen und Handlungsempfehlungen für eine Zurückgewinnung demokratischer Legitimität ableiten:

Die Repräsentationsbasis von Parteien und Parlamenten muss im Sinne einer gemeinwohlbasierten, an den Interessen der gesamten Bevölkerung orientierten und zugleich zukunftsgerichteten Entscheidungsverantwortung verbreitert werden.

Um den sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhöhen, muss die Sozial- und Wirtschaftspolitik so ausgerichtet werden, dass sie die Verlierer des Wettbewerbsgeschehens stärker schützt. Dies schließt eine realistische, an der Aufnahmefähigkeit der Mehrheitsgesellschaft orientierte Migrationspolitik und konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates ein.

Weil die Regierungsfähigkeit im nationalen Rahmen allein nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien auch auf der europäischen und – soweit möglich – transnationalen Ebene Einzug halten.

Demokratiebeschützende Prinzipien wie Meinungspluralismus, Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz, die von den Rechtspopulisten unter Berufung auf den angeblichen Volkswillen negiert werden, gilt es, entschieden zu verteidigen. Hier müssen auch neue Herausforderungen angegangen werden, wie sie sich etwa durch den Missbrauch der Meinungsfreiheit im Netz ergeben.

Die vier Punkte markieren normative Leitplanken für einen politischen Ideenwettbewerb, die von den Parteien

ausgefüllt werden müssen. Dies gilt vor allem für die kleiner gewordenen Volksparteien, die an Überzeugungskraft nur zurückgewinnen können, wenn sie ein eigenes unverwechselbares Profil entwickeln und die Unterschiede zur Konkurrenz klar herauszuarbeiten. Damit würde auch die Akzeptanz der gesamten Parteiendemokratie steigen. ●



Dr. Frank Decker ist Professor für Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und forscht zu westlichen Regierungssystemen, Parteien, Populismus und Demokratiereformen. Er ist Sprecher des wissenschaftlichen Gesprächskreises »Zukunft der Parteiendemokratie« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

INTERVIEW

Trügerische Sicherheit Ehrenamt nachhaltig stärken

Fragen an Svenja Stadler

Was ist aus Ihrer Sicht die derzeit größte Gefahr für die Demokratie?

»Aus meiner Sicht ist die größte Gefahr für die Demokratie immer das Einrichten in den Verhältnissen. Zu glauben, bei uns werde alles schon so friedlich und frei bleiben, wie es ist, die Überlegung, für das Bestehende und all das, was noch besser werden soll, nicht kämpfen zu müssen – das sind Gedanken, die eine Demokratie in der Breite nicht verträgt.«



Svenja Stadler, MdB, ist Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für bürgerschaftliches Engagement und Mitglied im Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie der FES

Die Fragen stellte **Alina Fuchs**, zuständig für das Forum Demokratie in der Abteilung Politischer Dialog

Bürgerschaftliches Engagement galt lange als Garant für den demokratischen Zusammenhalt der Gesellschaft. Trifft dies heute noch zu in Zeiten von Pegida und Co.?

»Damit rechte Hetze wirksam bekämpft werden kann, muss der Widerstand von überall her kommen, insbesondere aber aus der Mitte der Gesellschaft, von den Bürgerinnen und Bürgern. Engagement macht gesellschaftliches Zusammenleben erlebbar, in der Nachbarschaft, im Sportverein und in der Bürgerschaftsinitiative. Genau so wird der demokratische Grundgedanke gestärkt: Wir alle sind kollektiv an der Gestaltung all dessen beteiligt, was uns betrifft.«

Wünschen Sie sich etwas. Diese drei Dinge müssen 2019 politisch umgesetzt werden, um die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken:

»Erstens muss nun unbedingt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Engagement-Stiftung kommen, um die Strukturen und Kompetenzen im Ehrenamt nachhaltig zu stärken und eine partnerschaftliche und starke Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu bauen.

Zweitens müsste eine Kommission mit dem Titel »Demokratie und Vielfalt« schnellstmöglich eingesetzt werden. Ziel sollte sein, den Themenkomplex Demokratie in all seinen Facetten zu greifen sowie Stärken und Schwächen zu identifizieren und zu bewerten.

Und drittens muss das Gemeinnützigkeitsrecht in 2019 angepackt und modernisiert werden.«

Eine Metapher

Von Alexej Boris

»Nun wurde ich gefragt, welche Gefahr ich für die Demokratie sehe.

Demokratie ist für mich sehr wertvoll, aber gleichzeitig auch ein Gebrauchsgegenstand, den man täglich nutzt.

Vielleicht wie eine Kristallvase, die man von den Eltern geerbt hat. Zerbrechlich und teuer. Und schon irgendwie die ganze Zeit da gewesen. Man benutzt sie. Täglich. Man passt schon irgendwie auf, aber es schleicht sich Routine ein. Und altmodisch sieht sie auch noch aus.

Von wem also geht die Gefahr für die Vase aus? Sie ist äußerst zerbrechlich und die Gefahr kann natürlich von überall kommen. Von dem Haustier, von dem Durchzug, der das Fenster aufreißt, von den spielenden Kindern, unachtsamen Gästen. Doch die größte Gefahr geht von denen aus, die die Vase routiniert täglich benutzen.

Von wem geht also die Gefahr für die Demokratie aus? Von denen, die sie täglich routiniert benutzen. Von den Demokraten also.

Ja, es klingt vielleicht paradox.

Wobei routiniert das Schlüsselwort ist.

Wenn die Routine, das Irgendwie sich einschleicht, ist die Abstumpfung nicht mehr weit.

»Es ist doch schon immer gut gegangen, warum soll es denn ausgerechnet heute plötzlich kaputt gehen.«

Die Demokratie geht ja auch nicht von jetzt auf gleich wie eine Vase kaputt.

Aber auch die bekommt nach und nach Risse, wenn Unachtsamkeit mit der Routine den Einzug hält.« [...]



Alexej Boris ist Schauspieler, in Leningrad geboren, kam er als junger Mensch nach Deutschland. Er arbeitet im Bereich Theater, Kabarett und Prävention, z. B. in Bezug auf Sucht und Gewalt. Mit dem FES-Landesbüro Baden-Württemberg erarbeitete er das Stück »BRD – Boris rettet die Demokratie«.

Es müssten die Alarmglocken klingeln

Zur Krise des westlichen Demokratiemodells

Fragen an Colin Crouch

Vor fast 20 Jahren haben Sie mit dem Begriff Postdemokratie die schwelende Krise des westlichen Demokratiemodells beschrieben. Was sind die zentralen Merkmale dieser Diagnose?

»Unter den Bedingungen der Postdemokratie existieren die Institutionen der Demokratie – Wahlen, Debatten, Interessenorganisation, Regierungswechsel – zwar formal weiterhin fort, aber sie sind geschwächt und ausgehöhlt. Die reale Politik wird von kleinen Gruppen der politischen bzw. wirtschaftlichen Eliten gemacht. Weil die Institutionen aber bestehen bleiben, erscheint die Demokratie dennoch als gesund und lebendig. Dabei müssten die Alarmglocken klingeln! Das Hauptopfer dieser Entwicklung ist die selbstständige politische Artikulation der Interessen der arbeitenden Klassen der postindustriellen Gesellschaft. Ich sehe die westlichen Demokratien zwar noch nicht vollständig in der Postdemokratie angekommen, aber sie befinden sich auf dem Weg dorthin.

Dafür gibt es zwei Hauptursachen: zum einen die Globalisierung der Wirtschaft, wodurch die wichtigsten Entscheidungen nicht mehr auf Ebene der Nationalstaaten als zentrale Orte der Demokratie getroffen werden. Und zum anderen der Verfall der zwei großen Quellen für politische Identitätsbildung der ersten Jahrzehnte des westlichen Demokratiemodells – soziale Klassen und Religion. Als Folge sind die Verbindungen zwischen Politiker_innen und Bürger_innen schwächer geworden. Politische Akteure versuchen durch professionelles Politmarketing diese Verbindungen (wieder)herzustellen – wodurch das Problem aber nur verschlimmert wird.«

Welche Antworten müssen sozialdemokratische Akteure geben, um diese Tendenzen aufzuhalten?

»Am wichtigsten erscheint die politische Mobilisierung der neuen unteren Klassen der postindustriellen Wirtschaft. Das bedeutet vor allem eine Erneuerung der Gewerkschaften und ihrer Anziehungskraft für diese Klassen. Es bedeutet aber auch neue Verbindungen mit Gruppen einzugehen, die andere linksprogressive Milieus repräsentieren – z. B. die Grünen. Nur mit einer breiten Mobilisierung der Bürger_innen kann der Postdemokratie begegnet werden. Das ist leichter gesagt als getan: Denn, um ein neues linkes Bündnis zu erschaffen, müssen die Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Schichten und Klassen aufgelöst werden. Kon-



flikte zwischen einer männlich geprägten industriellen Arbeiterklasse und einer zur Hälfte eher weiblichen Dienstleistungsgesellschaft; zwischen Arbeiter_innen mit sicheren Stellen und jungen, oft prekär beschäftigten Menschen; zwischen den Interessen des Einzelnen und kollektiven Interessen wie Umwelt und Klimaschutz. Kann es gelingen, all das zusammen unter dem Dach einer einzigen Partei zu vereinen, oder ist eher von wechselnden Koalitionen verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen auszugehen? Letzteres ist sicher leichter zu erreichen, wenngleich diese These besonders für politische Parteien eher enttäuschend klingt. Vielleicht kann die vielfältige, wechselhafte und instabile Gesellschaft der Postmoderne aber auch nur vielfältige, wechselhafte und instabile politische Koalitionen hervorbringen.«

Wie lässt sich der Rückschlag gegen die Globalisierung verhindern, den Sie in ihrem neuesten Buch (»The Globalization Backlash«, Paperback 2018) beschreiben?

»Der ›backlash‹ gegen die Globalisierung findet auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene statt, wobei beides eng miteinander verbunden ist. Auf kultureller Ebene ist das vor allem der fremdenfeindliche Populismus; die wirtschaftliche Unsicherheit bietet diesem aber zugleich den Nährboden. Für die Sozialdemokratie ist es daher besonders wichtig, sich für eine regulierte Globalisierung einzusetzen. Dazu zählt die Regulierung des globalen Finanzsystems, dessen Mechanismen trotz seiner zerstörerischen Kräfte auch nach der Krise



von 2008 weitgehend fortbestehen; internationale Institutionen wie die Internationale Arbeiterorganisation müssen gestärkt werden, um den ungerechten globalen Wettbewerb einzudämmen; und internationale Abkommen zur Regelung der Besteuerung transnationaler Unternehmen müssen eingeführt werden. Denn ohne internationale Abkommen und Regulierung ist die Globalisierung nicht nur nicht gestaltbar, »kulturelle Kriege« und Fremdenfeindlichkeit eines neu entfachten Nationalismus machen internationale Zusammenarbeit zunehmend auch unmöglich. Linke Kräfte, die mit fremdenfeindlichem Populismus liebäugeln, müssen darauf achten, dass sie nicht in die Falle der neoliberalen Deregulierung tappen.«



Colin Crouch lehrte bis zu seiner Emeritierung als Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick, England. Sein Essay »Post-demokratie« galt bereits kurz nach seinem Erscheinen im Jahr 2003 als Klassiker der Gegenwartsdiagnose. Crouch gilt als einer der scharfsinnigsten Kritiker des Neoliberalismus.

Die Fragen stellte **Thomas Hartmann**, Referent in der Akademie für Soziale Demokratie in der Abteilung Politische Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

»Krise! Krise? Zukunft der Demokratie«

Das repräsentative Demokratiemodell scheint in der Krise. Viele Menschen beklagen Intransparenz in der Politik und haben den Eindruck, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen mehr ausüben zu können. Gleichzeitig stellen populistische Parteien und Bewegungen die Grundwerte der Sozialen Demokratie infrage. Woran liegt das und wie kann gegengesteuert werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Ringvorlesung »Krise! Krise? Zukunft der Demokratie« der Akademie für Soziale Demokratie im Wintersemester 18/19 an der Universität Bonn. Die Interviews mit **Prof. Colin Crouch** und **Prof. Armin Schäfer** entstanden am Rande dieser Reihe. Ein Mitschnitt aller Vorträge steht online zur Verfügung unter
→ www.fes-soziale-demokratie.de



^
Ausrufung der Republik durch
Philipp Scheidemann in Berlin,
9. November 1918
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie

>
Verfassungstagfeier in Weimar,
August 1923
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie



Netzwerk Demokratie/Geschichte 2018/19

Mit dem Projekt Netzwerk Demokratie/Geschichte 2018/19 im AdsD der FES ist die Zielsetzung verbunden:

- ein Netzwerk aus unterschiedlichen Trägern von Jubiläumsaktivitäten zu knüpfen,
- Demokratieggeschichte in der Erinnerungskultur zu verankern,
- Demokratieggeschichte mit der Debatte über die aktuelle Herausforderungen der Demokratie zu verbinden.

→ fes.de/blog-netzwerk-demokratie-geschichte

Erkämpft, etabliert und verteidigt

Blick auf die Geschichte der Demokratie in Deutschland

Von Peter Beule

So wenig der Demokratie am 9. November 1918 ihr Scheitern schon vorherbestimmt war, so wenig ist heute, 100 Jahre später, ihr Gelingen garantiert!«, warnte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier jüngst in seiner Rede im Bundestag am 9. November 2018, dem Jahrestag der Ausrufung der Weimarer Republik. Den Hinweis auf die Offenheit historischer Entwicklung verband Steinmeier mit dem Appell, entschieden für die historische Errungenschaft der parlamentarischen Demokratie zu streiten.

Angesichts der gravierenden Herausforderungen durch den europaweit erstarkenden Rechtspopulismus, einer wachsenden sozialen Ungleichheit und des schwindenden Vertrauens der Menschen in die politischen Parteien und die europäischen Institutionen stellt die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte wertvolles Rüstzeug im Streit um die Demokratie heute bereit. Das Gedenken an die Gründung der ersten deutschen Republik birgt Potenzial für eine Stärkung der Demokratie.

Anknüpfungspunkte bietet vor allem die Geschichte der Sozialdemokratie. Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es, langjährige Forderungen der Arbeiterbewegung durchsetzen: politische Gleichberechtigung durch parlamentarische Demokratie und die Einführung des Frauenwahlrechts, Arbeitszeitverkürzungen, der Ausbau der sozialen Sicherung, Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner. Aus der Erinnerung an den Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für Republik und Demokratie lässt sich Motivation für bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement schöpfen. Dass Demokratie erkämpft, etabliert und verteidigt werden muss, verdeutlicht der Blick auf die Geschichte.

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der deutschen Revolution von 1918/19 ist im Referat Public History des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung der Arbeitsschwerpunkt Demokratiegeschichte eingerichtet worden. Dabei verbinden wir unsere geschichtspolitische Arbeit mit der Debatte über die Problemla-

gen der Gegenwart, in der mühsam erkämpfte demokratische Normen, Institutionen und Verfahren zunehmend herausgefordert werden.

Mit Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Staatsoberhaupt in Deutschland, ist die Friedrich-Ebert-Stiftung dem Revolutionsjubiläum auch in ihrer Stiftungsgeschichte verbunden. 2019 jährt sich die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten zum 100. Mal. Dieses Schlüsseldatum der deutschen Geschichte war Anlass, um in einer Veranstaltung am 19. Februar 2019 in Berlin eine Brücke von der historisch-politischen Würdigung Eberts als besonnene Führungsfigur der Sozialdemokratie und der Weimarer Republik bis zu den aktuellen Herausforderungen der Demokratie zu schlagen. Dabei verbinden wir unsere geschichtspolitische Arbeit mit der Debatte über die Problemlagen der Gegenwart, in der mühsam erkämpfte demokratische Normen, Institutionen und Verfahren zunehmend herausgefordert werden. ●



Dr. Peter Beule ist Referent im Referat Public History im Archiv der sozialen Demokratie und betreut das Projekt »Netzwerk Demokratie/ Geschichte 2018/19«.

Das Versprechen auf politische Gleichheit gilt nicht mehr

Wachsende Kluft zwischen Wählern und Gewählten

Fragen an Armin Schäfer

„Der Staat ist für die Menschen u...

»One man – one vote« – politische Gleichheit gehört traditionell zum Wesensprinzip der modernen Demokratie. Gilt dieses zentrale Versprechen auch heute noch für Deutschland?

»Auf der rein rechtlichen Ebene gilt dieses Prinzip für alle erwachsenen Staatsbürgerinnen und -bürger, denn sie haben die gleichen demokratischen Rechte. Doch, wenn wir unter politischer Gleichheit nicht allein das Recht verstehen, sich politisch zu beteiligen, sondern auch die Erwartung haben, dass diese Rechte einigermaßen gleichmäßig in Anspruch genommen werden, dann sieht es weniger gut aus. So zeigen zahlreiche politikwissenschaftliche Untersuchungen, wie ungleich politisches Engagement erfolgt. Während noch in den 1980er Jahren kaum Unterschiede bei der Wahlbeteiligung bestanden, klappt nun eine wachsende Kluft zwischen Menschen mit hohem und niedrigem Einkommen. Noch stärker ungleich ist die politische Repräsentation in den Parlamenten. In Landtagen und im Bundestag sitzen fast nur Akademikerinnen und Akademiker, aber nur sehr wenige Abgeordnete, die nicht studiert haben. Schließlich konnten wir in einem größeren Forschungsprojekt zeigen, dass auch die politischen Entscheidungen viel stärker mit den Präferenzen der Bessergestellten übereinstimmen als mit denen von Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen oder geringer Bildung. Wenn politische Entscheidungen auf diese Weise verzerrt sind, gilt das Versprechen auf politische Gleichheit nicht mehr.«

Wenn dieses Versprechen nicht mehr gilt, welche zentralen Mechanismen lassen sich aus Ihrer Forschung ableiten?

In der Forschung werden verschiedene Gründe für ungleiche Aufnahmefähigkeit – Responsivität – diskutiert. Zum einen sind die Abgeordneten bei Weitem kein Querschnitt der Bevölkerung. Dies ist nicht automatisch ein Problem, aber zu große Homogenität kann dazu führen, dass nur bestimmte Themen im Parlament behandelt werden und die Perspektive der von den Entscheidungen Betroffenen zu kurz kommt.

Zum anderen können beispielsweise Unternehmen sehr viel leichter Zugang zu Entscheidungsträgern finden, als dies für normale Bürgerinnen und Bürger möglich ist. Lobbying, Parteispenden und eine enge Verzahnung zwischen Abgeordneten können politische Entscheidungen beeinflussen.

Wie lassen sich diese Probleme aus Ihrer Sicht lösen?

»Leider gehört zur Wahrheit, dass es keine einfache Lösung gibt, da diese Probleme über einen langen Zeitraum entstanden sind – und miteinander verbunden sind. So hängen beispielsweise ungleiche Beteiligung und ungleiche Aufmerksamkeit systematisch miteinander zusammen. Wer davon überzeugt ist, selbst wenig politischen Einfluss zu haben, und die Politik als unresponsiv wahrnimmt, wählt seltener. Orientieren sich politische Entscheidungen an denen, die wählen oder sich anderweitig politisch engagieren, verstärkt dies die schon bestehende Ungleichheit. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist auch eine Reaktion auf die Wahrnehmung, nicht repräsentiert zu werden. Ändern wird sich daran vielleicht etwas, wenn aus schlechten Wahlergebnissen die richtigen Schlüsse gezogen werden. Aber statt nach systematischen Ursachen zu suchen, bleibt die Diskussion häufig bei Oberflächenphänomenen stecken.«

Armin Schäfer ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die empirische Demokratieforschung, wobei insbesondere der Zusammenhang von sozialer und politischer (Un-)Gleichheit im Zentrum seiner Forschung steht.



Die Fragen stellte **Thomas Hartmann**, Referent in der Akademie für Soziale Demokratie.



Dauergefahr für die Demokratie

Ungleiche Teilhabechancen überwinden

Von Uta Kletzing

Ungleiche Chancen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilhabe, beispielsweise zwischen den Geschlechtern, stellen fortwährend eine Dauergefahr für die Demokratie dar – das ist keine neue Erkenntnis. Neu ist jedoch, dass sich zu dieser althergebrachten Dauergefahr ungleicher Teilhabechancen nunmehr neue Gefahren gesellen, allen voran durch den Rechtspopulismus. Wird aus der ungleichen Teilhabe nun Demokratieverachtung, weil viele Menschen die Hoffnung auf die Herstellung von gerechter Teilhabe verloren haben?

2018 und 2019, in den beiden Jahren des hundertsten Jubiläums des Frauenwahlrechts, liegt es nahe, sich insbesondere mit dem gegenwärtigen Zustand der politischen Teilhabe von Frauen zu befassen: Dieser besteht aus einigen Fortschritten, jedoch überwiegend aus Stagnation und angesichts des Erstarkens konservativer und rechter Parteien auch wieder bedenklichen Rückschritten.

Lange Zeit wurde der zentrale Hebel für Parität in der Politik darin gesehen, bei den Frauen anzusetzen. Mit sog. Empowerment-Maßnahmen (u. a. Mentoring-Programme) wurden sie beim Einstieg in die Politik und bei Kandidaturen für Mandate unterstützt. Das hat viel gebracht, aber nicht genug – nicht die Parität. Auch die politische Kultur, also die eingespielten Gepflogenheiten und Routinen, die immer noch und immer wieder Männer privilegieren, muss sich ändern. Freiwillig wird das nicht passieren, argumentieren die Befürworter_innen gesetzlicher Vorgaben für die Aufstellung paritätischer Wahllisten und Wahlkreisdirektkandidaturen, eines sog. »Paritätsgesetzes«.

Der politische Diskurs dazu in der Sozialen Demokratie und darüber hinaus wächst stetig. Um ihn zu »füttern«, zu begleiten und zu verbreitern, sind Parität, Paritätsgesetz sowie die Frage nach einer zukunftsfähigen politischen Kultur in Parteien und Parlamenten zentrale Themen der aktuellen demokratie- und geschlechterpolitischen Arbeit des Forums Politik und Gesellschaft. ●

→ Mehr dazu: www.fes.de/gender/paritaet



Dr. Uta Kletzing ist Referentin für
Geschlechter- und Familienpolitik
im Forum Politik und Gesellschaft.



BESTANDSAUFNAHME

Die EU schaut nicht mehr bloß zu Demokratie in Europa unter Druck

Von Juliane Schulte

Auch in Europa setzte sich 2018 der demokratische Abwärtstrend durch. Die prominentesten zwei Beispiele sind wohl Ungarn und Polen, wo die Regierungen ihre breiten Mehrheiten weiter nutzten, um den Staat nach ihren Vorstellungen umzubauen. Daneben gab es aber auch in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten besorgniserregende Entwicklungen – man denke an die Justizreformen in Rumänien, Angriffe auf Journalist_innen in verschiedenen Ländern und die Wahl einer populistischen Regierung in Italien. Aus den Europawahlen 2019 werden rechtspopulistische Parteien allen Prognosen zufolge gestärkt hervorgehen. Einige ihrer Protagonisten denken bereits über eine gemeinsame Fraktion nach.

Bei all diesen unerfreulichen Nachrichten darf jedoch nicht übersehen werden, dass es auch Positives für die Demokratie in Europa zu vermelden gibt: Die europäischen Institutionen schauen dem undemokratischen Treiben in ihren Mitgliedstaaten nicht mehr tatenlos zu. Konnte Viktor Orbán 2010 nach dem ersten Erringen einer Zweidrittelmehrheit noch ungestört tiefgreifende Reformen durchführen, hat die EU im vergangenen Jahr auf verschiedenen Gebieten Aktivitäten entfaltet, um ihre Grundwerte zu schützen.

Einst als »nukleare Option« verschrien, wurde mittlerweile gegen Polen und Ungarn ein Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags eingeleitet. Dieses sollte in beiden Fällen fortgeführt werden und bei entsprechenden Anlässen auch gegen weitere Länder eingeleitet werden, allerdings auf Grundlage eines klaren Kriterienkatalogs. Des Weiteren konnte ein Teil der umstrittenen polnischen Justizreformen durch ein Vertragsverletzungsverfahren und eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gestoppt werden. Ebenso haben sich nationale Gerichte aufgrund von Zweifeln an der Unabhängigkeit der polnischen Justiz an den EuGH gewandt. Solche juristischen Mittel sollten künftig konsequenter angewandt werden. Für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen hat die Kommission eine Kopplung der Auszahlung von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien vorgeschlagen.

Wichtig ist es nun, auf all diesen Gebieten dranzubleiben und konsequent gegenüber allen Mitgliedstaaten zu sein, die die Grundwerte der EU nicht respektieren. Dabei geht es nicht nur um eine rein normative Frage, sondern um das Fortbestehen der EU in ihrer jetzigen Form, denn: Unternehmen brauchen in einem höchst vernetzten Binnenmarkt Rechtssicherheit. Ein gemeinsames europäisches Asylsystem erfordert die Einhaltung der Menschenrechte in allen Mitgliedstaaten. EU-Bürger_innen, die Freizügigkeit genießen, müssen sicher sein, dass ihre Rechte auch in anderen Ländern der EU geachtet werden. Und schließlich wollen wir alle von einem Europäischen Parlament repräsentiert werden, dass in einem fairen Prozess gewählt worden ist. Ein fairer Wahlkampf erfordert jedoch ein pluralistisches Mediensystem.

Von zentraler Bedeutung ist der politische Wille. Diese Forderung richtet sich vor allem an die europäischen Parteienfamilien, allen voran die zwei großen europäischen Parteien, die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE): Sie müssen Probleme in den eigenen Reihen klarer benennen und die Auseinandersetzung mit problematischen nationalen Mitgliedsparteien führen. Grundwerte dürfen nicht politischen Mehrheiten geopfert werden – auch wenn und gerade weil die Rechtspopulisten im nächsten Europäischen Parlament wohl noch stärker sein werden. ●

↓ library.fes.de/pdf-files/id-moe/14486.pdf

»Das andere Demokratiedefizit – Wie die EU Demokratie in ihren Mitgliedstaaten schützen kann«



Juliane Schulte ist Referentin im Referat Mittel- und Osteuropa der FES.

Zaghafte Zuversicht Brasiliens Demokratie in Turbulenzen

Fragen an Jose Marcelo Zacchi

Die brasilianische Demokratie hat in den letzten Jahren viele Turbulenzen durchlebt: die Proteste vom Juni 2013, das Impeachment gegen Präsidentin Dilma Rousseff, die Verurteilung des ehemaligen Präsidenten Lula wegen Korruption, einen durch das Attentat auf einen Kandidaten und eine Lawine von Fake News in den sozialen Netzen gekennzeichneten Wahlkampf. Wie beurteilst du den Gesundheitszustand der brasilianischen Demokratie?

Die politische Geschichte Brasiliens ist gekennzeichnet von einem langsamen Aufbau einer demokratischen Kultur, demokratischer Praktiken und Institutionen, zudem von anhaltenden Schwankungen, bemerkenswerten Fortschritten und tragischen Rückschritten.

Das war vielleicht das Wichtigste der demokratischen Zyklen unserer Geschichte. In ihrem Verlauf haben wir voneinander unabhängige demokratische Institutionen geschaffen, substanziell den Geltungsbereich individueller Rechte und auch die Bandbreite der in Öffentlichkeit und Politik hörbaren Stimmen erweitert; auch haben wir einen Staat als Garant von Würde und universellen Dienstleistungen gestärkt und schließlich beachtliche Fortschritte bei der Reduzierung von Armut und sozialer Ungleichheit erreicht. Aber das Erkennen der sichtbaren Grenzen dieser Fortschritte in allen ihren Dimensionen einerseits sowie das Gefühl von Schwäche des Rechts und der öffentlichen Autorität andererseits, wie sie in der endemischen Korruption innerhalb der staatlichen Administration und der Ausweitung von Gewalt und öffentlicher Unsicherheit zum Ausdruck kommt, haben sich mit der wirtschaftlichen Krise in einer Art verbunden, dass der allgemeine Eindruck der Erschöpfung des demokratischen Zyklus entstanden ist.

Die neue Regierung spiegelt diesen Prozess wider, dies in einem Kontext politischer Spannungen, der Schwächung der Institutionen und Angriffen auf die demokratischen Fundamente, die nur Befürchtungen hinsichtlich einer neuen Etappe von Rückschritten in der Qualität und Verankerung der Demokratie in unserem Land beflügeln können.

Viele Personen hatten bereits vor den Wahlen vom Oktober eine Erneuerung der Politik gefordert. In gewisser Hinsicht deutet das Ergebnis der Wahlen auch auf eine Erneuerung hin: Die Hegemonie der traditionellen Parteien wurde gebrochen, ein sich als politischer »Outsider« präsentierender Kandidat gewann die Präsidentschaftswahl, die Zusammensetzung des Kongresses hat sich in beträchtlichem Umfang verändert.

Jeder Prozess, der geeignet ist, die Beziehung der brasilianischen Gesellschaft zu ihren demokratischen Institutionen

wiederzubeleben, hat eine positive Komponente. Und es ist wichtig, daran zu erinnern, dass ungeachtet der konservativen Dominanz, die den politischen Moment des Landes prägt, die Wahlen letztlich auch einer Vielzahl von neuen Persönlichkeiten und Bewegungen mit progressivem Profil den Eintritt in die Politik ermöglicht haben. Aber es ist natürlich auch erforderlich, daran zu erinnern, dass jede Erneuerungsbewegung nur dann in demokratischer Perspektive erfolgreich sein kann, wenn sie, von dem bereits Erreichten ausgehend, neue Antworten auf dessen Grenzen sucht und das Erreichte zu vertiefen anstrebt – im Sinne von mehr Repräsentativität, Transparenz und Beteiligung im politischen Leben, der Förderung von Ethik im politischen Handeln, der Stärkung der Institutionen und des Pluralismus, des Respekts vor Verfassung und Rechtsstaat, der Ausweitung der Rechte und Möglichkeiten für die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit.

Gegenwärtig kann man weltweit Bedrohungen und Infragestellungen der Demokratie beobachten. Wie bewertest du die Situation Brasiliens in dieser globalen Konjunktur?

Es ist offenkundig, dass die derzeitige Entwicklung in Brasilien in Verbindung steht zur weltweiten Krise der Demokratie. Neue Wege zu finden, um die Werte der Bürgerlichkeit, des Pluralismus, der Universalität, des Anstandes, der Fairness und gemeinsamen Güter auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu verteidigen, stellt somit eine gemeinsame Herausforderung für alle Demokratien auf der Welt dar, nämlich die Herausforderung, das demokratische Leben zu erneuern, als Grundvoraussetzung, um Dauerhaftigkeit und Verbreitung der demokratischen Fortschritte zu garantieren.



Jose Marcelo Zacchi, Generalsekretär der GIFE – Grupo de Institutos, Fundações e Empresas, eines Zusammenschlusses von brasilianischen Organisationen, die sich mit sozialen Investitionen beschäftigen.

Die Fragen stellte **Thomas Manz**, Leiter des FES-Büros in Sao Paulo.

Kein Grund für Alarmismus

Polens Demokratie auf dem Prüfstand

Von Ernst Hillebrand

Ist die Demokratie in Polen in Gefahr? Folgt man der internationalen Presse, könnte man diesen Eindruck gewinnen. Folgt man den Ergebnissen empirischer Meinungsforschung im Land, eher nicht. Meinungsumfragen zeigen, dass die Bürger Polens mit dem Funktionieren ihrer Demokratie nicht unzufriedener sind als die Bürger anderer europäischer Länder, einschließlich Deutschlands. Auch der innerpolnische Vergleich gibt für Alarmismus wenig her: Umfragen zur Demokratiezufriedenheit erreichten im Sommer 2018 mit die besten Werte seit Beginn der Befragungen in den 90er Jahren.

Wie erklären sich diese Umfragewerte? Und wie gehen sie zusammen mit der Tatsache, dass die EU gegen Polen zwei Vertragsverletzungsverfahren nach Artikel 7 – begründet mit der »Gefahr der schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit« – eingeleitet hat? Die Antwort auf diesen Widerspruch findet sich am ehesten, wenn man die verschiedenen Dimensionen der Legitimität politischer Systeme betrachtet: die Qualität des Wahlprozesses, die Leistungen des Staates für seine Bürger und die demokratische Qualität der politischen Institutionen.

Die Qualität des Wahlprozesses steht nicht infrage: Staatspräsident und Parlamentsmehrheit wurden in freien, gleichen und geheimen Wahlen bestimmt. Diese demokratische Grundqualität des Systems wurde bei den Kommunalwahlen im Oktober 2018 bestätigt. Die national-konservative Regierungspartei PiS erlebte bei diesen Wahlen eine böse Überraschung. In den Großstädten fielen ihre Kandidatinnen krachend durch. Das urbane Polen erklärte der Regierungspartei sehr deutlich, dass sie weder ihren Zentralismus noch ihren überbordenden Machtanspruch, noch ihre Anti-EU-Rhetorik goutiert.

Auch die Output-Legitimität der polnischen Demokratie ist solide. Dem Land geht es wirtschaftlich sehr gut, 2018 und 2017 wuchs die Wirtschaft jeweils um 4,8 %. Das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2009–2016 betrug akkumuliert 26,9 %, das Fünffache des EU-Durchschnitts. Die Arbeitslosigkeit ist auf 5,8 % gesunken, in einigen Regionen herrschen Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel. Sehr gut auch fällt die soziale Leistungsbilanz aus. Die seit 2015 regierende PiS hat eine aktive Sozialpolitik betrieben, deren Ergebnisse sich sehen lassen können. So wurde erstmals ein Familienkindergeld von 500 Złoty (ca. 120 Euro) ab dem zweiten Kind eingeführt, von dem 3,7 Millionen Kinder bzw. deren Eltern profitieren. Der Mindestlohn wurde erhöht und eine Steuerreform durchgeführt, in deren Folge wohlhabende Polen mehr, sozial schwache Polen weniger Steuern bezahlen. Die Besteuerung von Durchschnittseinkommensbezieher mit Kindern ist die niedrigste der OECD-Welt.

Polen ist eines der wenigen Ländern, in denen in den letzten Jahren die Einkommensschere kleiner, nicht größer wurde.

Sehr viel problematischer wird die Bewertung, wenn man die Frage nach den Institutionen stellt. Die PiS hat nach ihrem Wahlsieg 2015, gestützt auf eine absolute Mehrheit im Parlament, einen Frontalangriff auf die Stellung des Justizwesens gestartet. Offizielles Ziel ist es, das Justizsystem von angeblich immer noch vorhandenen kommunistischen Richtern zu säubern, stärker an den politischen Willensbildungsprozess der Staatsbürger – sprich die Wahlergebnisse – anzubinden und das System insgesamt effektiver zu machen. Faktisch ging es der PiS jedoch in erster Linie darum, ihren Einfluss im sehr unabhängigen Justizwesen zu stärken und durch die Besetzung von Schlüsselpositionen an den höchsten Gerichten möglichst langfristig zu verankern. Das Ausmaß der mit diesen Reformen verbundenen Rechts- und Verfahrensbeugungen rief schließlich die EU auf den Plan. Die Interventionen der EU und des EuGH, gekoppelt mit dem nicht abflauenden Widerstand der Richter und Staatsanwälte gegen ihre politische Disziplinierung, führte im vergangenen November schließlich dazu, dass die PiS zum Rückzug blies.

Wie gefährdet ist die Demokratie in Polen also? Vermutlich weniger, als das einige Medien und politisches »Kommentariat« suggerieren wollen. Die demokratische Verfassungsordnung mit ihren vielfältigen »Checks & Balances« hat sich – nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die EU – als sehr widerstandsfähig gegen den Allmachtsanspruch der PiS und ihres weltanschaulichen Umfelds erwiesen. Andere politische Vorhaben dieses Milieus – wie etwa Überlegungen zu einer Verschärfung des Abtreibungsrechts – scheiterten an der Mobilisierung der Zivilgesellschaft Polens. Gleichzeitig hat die PiS Menschen, die sich davor von den Eliten misachtet gefühlt haben, Stimme und Vertretung im politischen System gegeben. Im Herbst 2019 stehen wieder Parlamentswahlen an. Den Umfragen zufolge hat die Opposition durchaus Aussichten, die PiS zu überflügeln und von der Regierung zu verdrängen. Entscheiden werden das aber die Bürger Polens selbst: in freien, gleichen und geheimen Wahlen. ●



Ernst Hillebrand ist Leiter der FES-Vertretung in Warschau.

Parallelwelten

Unterschiedliche Wahrnehmungen der ungarischen Demokratie

Von András Bíró-Nagy

In den letzten Jahren ist viel darüber diskutiert worden, in welchem Zustand sich Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn befinden und wie der Umbau der staatlichen Institutionen zu bewerten sei. Auch für die internationale Öffentlichkeit wurde immer klarer, welche Vorteile das institutionelle Umfeld der regierenden Fidesz-Partei inzwischen einräumt. Bekannt wurde ebenfalls, wie stark ein fairer Parteienwettbewerb durch Wahlrechtsänderungen mittlerweile eingeschränkt ist, durch den sehr ungleichen Zugang zu staatlichen Ressourcen und durch eine erheblich veränderte Medienlandschaft.

Nach den Parlamentswahlen 2018 verschlechterte sich die Lage weiter. Neben den Organisationen der Zivilgesellschaft gerieten nunmehr auch von der Regierung als »liberal« eingestufte Einrichtungen des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens unter Beschuss. Ein neues Verwaltungsgericht, das unter ministerieller Kontrolle steht und die Unabhängigkeit der Justiz stark untergräbt, wurde eingerichtet und es entstand ein Fidesz-Medienkonglomerat von noch nie da gewesener Größe in Ungarn.

Wie die Demokratiestudie des Policy-Solutions-Instituts, die im Herbst 2018 mit Unterstützung der FES erstellt wurde, zeigt, ist ein beträchtlicher Teil der ungarischen Gesellschaft der Meinung, dass es nicht gut um die Demokratie in Ungarn bestellt und man mit dieser Situation unzufrieden ist.

Genau die Hälfte der Ungarn ist mit der derzeitigen Funktionsweise der Demokratie nicht einverstanden. Im Gegensatz zu ihnen aber bewerten 44 % der Befragten die politische Situation grundsätzlich positiv.

Was die Bewertung der Qualität der Demokratie anbelangt, existieren in der ungarischen Gesellschaft Parallelwelten. Die Sympathisanten der Opposition und die der Regierung äußern so unterschiedliche Meinungen zur politischen Ordnung, als wäre hier von zwei verschiedenen Ländern die Rede.

Heute glauben die Oppositionswähler nicht mehr, dass die Wahlen in Ungarn frei und fair ablaufen, dass die Justiz unabhängig ist oder dass es eine funktionierende Gewaltenteilung gibt.

Was heißt dies für die Zukunft?

Fast die Hälfte der Ungarn (49 %) glaubt, nachdem Fidesz von Viktor Orbán zum dritten Mal in Folge eine Zweidrittel-



mehrheit im Parlament gewinnen konnte, nicht mehr daran, dass die Orbán-Regierung bei demokratischen Wahlen besiegt werden kann.

Diese negative Einstellung ihrer potenziellen Wähler stellt die Oppositionsparteien vor ein ernstes strategisches Problem. Inzwischen geht es nicht mehr nur um die Frage, mit welchen Themen die Fidesz-Regierung am wirksamsten angegriffen werden kann, aus welchen Missständen sich eine attraktive oppositionelle Alternative schmieden ließe oder in welchen Bündnissen sich die Oppositionsparteien zusammenschließen sollten. Vielmehr geht es zunehmend auch darum, wie unzufriedene Menschen überzeugt werden können, dass es weiterhin Sinn macht, wählen zu gehen.

Wenn der allgemeine Vertrauensverlust großer Wählergruppen dauerhaft auch die demokratischen Wahlen selbst einschließt, dann wird dies zwangsläufig zu einer geringeren Wahlbeteiligung all jener führen, die dieser Regierung kritisch gegenüberstehen, und so das Gewicht des Fidesz noch weiter stärken.

→ www.fes-budapest.org/publikationen



András Bíró-Nagy ist Politologe und Ko-direktor des Instituts für Politikanalysen Policy Solutions in Budapest.

Hybride Bedrohungen

Digitale Risiken für die politische Kommunikation

Von Peter Donaiski



Destabilisierungsversuche, Manipulationen an Wahlergebnissen, politische Propaganda oder gezielte Desinformation: Die technischen Voraussetzungen, einfach und wirksam die Integrität politischer Kommunikation zu beeinflussen, sind längst vorhanden. Mit technischen Mitteln soll Unsicherheit verbreitet und das Vertrauen in die politischen Botschaften sowie die formalen Abläufe der Politik sollen untergraben werden.

Eine vom Arbeitsbereich Medienpolitik zusammengestellte Expertenrunde fragte Anfang September in Köln: Sind wir dunklen Mächten schon hoffnungslos ausgeliefert?

In zwei Impulsreferaten widmeten sich Michael Seemann, Kulturwissenschaftler, Sachbuchautor und Journalist, und Sven Herpig, Leiter des Transatlantic Cyber Forums bei der Stiftung Neue Verantwortung, dem Problem der angreifbaren Integrität politischer Information im Netz.

In einem kurzen Ausflug in die Welt der Physik erklärte Seemann, wie das Hebelgesetz in der Welt der Wahlbeeinflussung funktioniert und wie man mit relativ kleiner Kraft große Wirkung erzielen kann.

Der erste Hebel: Man greift direkt in den Wahlvorgang ein. Möglich wird dies beispielsweise durch Beeinflussung oder Manipulation von Wahlautomaten. In den USA verbreitet und seit mehreren Jahren im Einsatz stehen Wahlmaschinen im Verdacht, über bekannte oder unbekannte Sicherheitsschwachstellen von Hackern manipulierbar zu sein.

Der zweite Hebel: direkter Eingriff in die Wahlkampagne. Mit politischen Nachrichten über die traditionellen Informationskanäle bei Facebook oder Werbung in dem Netzwerk können potenziell Milliarden von Mitgliedern erreicht, manipuliert und damit als Hebel genutzt werden.

Dritter Hebel: Trolle und Bots. Gefälschte Identitäten, die automatisiert »im Netz herumspuken«, kosten wenig und

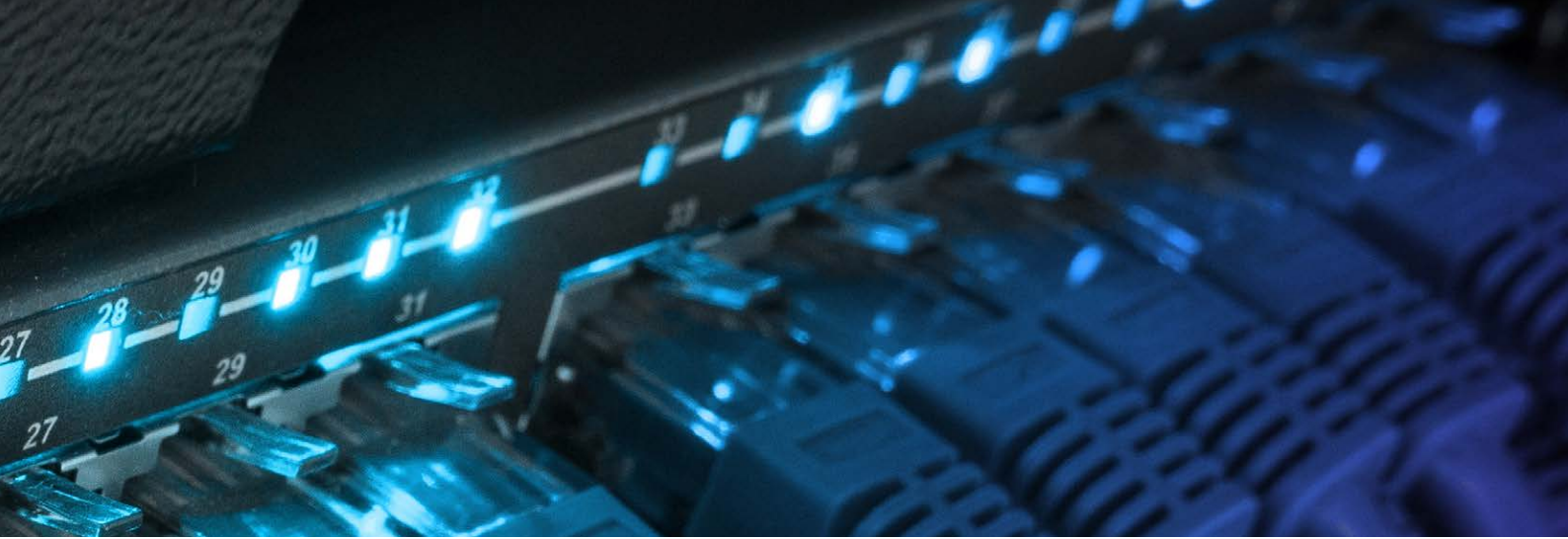
benötigen keine ausgefeilte Technik. Die wesentliche Aufgabe von Bots und Trollen besteht in der Aktivierung oder Deaktivierung der Wähler mit Methoden, die auch in der Social-Media-Werbung angewendet werden.

Im zweiten Impulsreferat präsentierte Sven Herpig Erkenntnisse aus der Arbeit des Expertennetzwerkes »Transatlantic Cyber Forum«. Er identifizierte zahlreiche Instrumente, mit denen auf die sogenannte C.I.A.-Triade (Confidentiality, Integrity, Availability) im politischen Kontext und insbesondere im Kontext politischer Wahlen Einfluss genommen werden kann. »Show of Force« ist eine dieser Techniken, mit denen vom politischen Gegner eine Demonstration potenzieller Angriffsmöglichkeiten vorgeführt wird, ohne einen Angriff »hybrider Kriegsführung« tatsächlich auszuführen. (<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/14731.pdf>)

Herpig plädierte – auch in einem späteren Beitrag für das tägliche E-Mail-Briefing »Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI« – für eine fortlaufende Risikoanalyse des gesamten Wahlprozesses, um zum Beispiel wesentliche Schwachstellen zu identifizieren und entsprechend zu schützen. Es müsse »deshalb diskutiert werden, ob verpflichtende Schutzmaßnahmen analog zu denen für die Betreiber von kritischen Infrastrukturen nicht auch für politische Parteien und die Betreiber der Wahlinfrastruktur in Deutschland gelten sollten«.



Peter Donaiski hat die redaktionelle Verantwortung für das »info«-Magazin und leitet die Pressestelle der FES.



GASTBEITRAG

Nebel im #Neuland? Digitale Chancen für die politische Kommunikation

Von Jasmin Siri

Vor einigen Jahren noch musste man als Wissenschaftlerin gut begründen, weshalb man sich mit digitalen Medien beschäftigt. Inzwischen sind die Konsequenzen des Medienwandels so weit hin sichtbar, dass seine frühere Nichtbeachtung oft scheinbar nahtlos von Übertreibungen abgelöst wird. Ohne Rücksicht auf Wissenschaftlichkeit wird zum Beispiel bei Jugendlichen »digitale Demenz« oder »Onlinesucht« diagnostiziert oder eine (nicht messbare, aber für viele im Sinne eines Bauchgefühls plausible) »Vermehrung« des »Hasses im Netz« als Faktum diskutiert. Ein Blick in die Geschichte sollte uns zeigen, wie sehr solche Zeitdiagnosen an der gesellschaftlichen Realität vorbeigehen. So wenig wie die Jugend durch den Roman, durch das Radio oder das Fernsehen zugrunde ging, so wenig wird dies das Internet bewerkstelligen. Was also tut sich im digitalen Medium?

Der US-Präsident macht seine außenpolitischen Ideen auf Twitter transparent, sodass nicht mehr nur eine kleine Gruppe Eingeweihter, sondern wir alle beobachten können, was im machtpolitischen Zentrum der USA vor sich geht. Deutsche Politiker_innen, zuletzt waren es solche der grünen Partei, »vertwittern« und »verinstagramen« sich. Politiker_innen der AfD provozieren dort gezielt Skandale, schaffen es damit in die etablierten Medien und motivieren zugleich ihre Anhänger_innen.

Neue Medien provozieren zu jeder Zeit Euphorie ebenso wie Krisenerzählungen. In Bezug auf das politische System ist es aber viel interessanter, sich zu fragen, wie sich die politische Kommunikation und die politische Organisation im digitalen Zeitalter verändern. Sichtbar wird dann zum Beispiel, dass die Organisationen zwar versuchen können, ihren Mitgliedern Disziplin im Umgang mit den neuen Medien beizubringen. Sie können Workshops anbieten oder Spezialist_innen einstellen, die insbesondere in Kampagnen die verschiedenen Kanäle professionell bespielen und die Mitglieder

schulen. Da aber die sozialen Medien eine narzisstische Chance für politisch Tätige und solche, die es werden wollen, darstellen, ist die Organisation immer von Alleingängen mehr oder weniger prominenter Mitglieder bedroht.

Weil etablierte Massenmedien wiederum die sozialen Medien beobachten, ist es auch eine Möglichkeit heutiger politischer Performance, sich aus den digitalen in die traditionellen Kommunikationskanäle »herauszuschreiben«. Zwar besitzen die so geschaffenen Neuprominenten nur selten eine entsprechende politische Legitimation durch demokratische Verfahren, aber dafür müssen sie sich auch nicht auf »Hinterzimmerpolitik« stützen.

Politische Themen und Skandale sind heute weniger vorhersehbar und angesichts der Zunahme relevanter Akteure weniger steuerbar als zum Beispiel vor 30 Jahren. Auch hier lassen sich einerseits mehr Demokratie, andererseits weniger Legitimation durch Verfahren konstatieren. Und nicht zuletzt reagiert der neue Populismus auf den medialen Wandel, indem er sich an dessen Tempo und an die Logiken der sozialen Medien anschmiegt – oft geschickter, als es die »alten« Parteiorganisationen vermögen. Und so müssen politische Organisationen lernen, dass alte Instrumente der Massenkommunikation nur noch teilweise oder gar nicht mehr funktionieren. ●



Dr. Jasmin Siri ist Soziologin an der LMU München. Sie hat im Rahmen der Ringvorlesung »Krise! Krise? Zukunft der Demokratie« der Akademie für Soziale Demokratie im Wintersemester 18/19 an der Universität Bonn einen Vortrag zu den Folgen der Digitalisierung für politische Organisationen gehalten.



INTERVIEW

Das europäische Friedensprojekt steht auf dem Spiel

Polarisierung der Debatten online und offline

Fragen an Julia Ebner

Unser aller Kommunikation hat sich massiv verändert, besonders durch Social Media und den nahezu unbegrenzten Zugang zu Information, Nachrichten und Kommunikationspartner_innen weltweit. Welche Effekte hat die Online-Kommunikation?

»Die Effekte der Online-Medien wirken sich stark auf die Offline-Welt aus: Die Geschwindigkeit, mit der politische Akteure Menschen mobilisieren können, ist schneller denn je zuvor. Die neuen Kommunikationsökosysteme – die sich aus einem Mix von sozialen Medien, Chat-Applikationen, Videoportalen und einer Vielzahl alternativer Mediennetzwerke ergeben – verändern aber nicht nur die Geschwindigkeit der Offline-Mobilisierung für politische Zwecke, sondern haben auch Einfluss auf die Debattenkultur, die gesellschaftliche Polarisierung, die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die Natur von Protestbewegungen. Wir beobachten immer mehr, dass Rechte hier besonders gut aufgestellt sind und über neuartige Kommunikationskanäle oft schneller Falschmeldungen und Hass verbreiten, als demokratische Kräfte aus Medien oder Wissenschaft darauf reagieren können.«

Besteht ein Zusammenhang zwischen der Online-Nutzung und dem Stil der gesamtgesellschaftlichen Debattenkultur?

»Die Online-Kommunikation im Twitter-, Facebook- und Instagramstil geht einher mit einer enormen Simplifizierung von Sprache und Zusammenhängen. Komplexe Geschichten

müssen jetzt mit 280 Unicode-Zeichen erzählt werden. Dass es da leicht zu Verallgemeinerungen, binären Weltbildern und der Dämonisierung von Fremdgruppen kommt, ist klar. Es ist außerdem leichter, extreme Inhalte hinter »lustigen« visuellen Inhalten zu verstecken. Die Online-Debattenkultur ermutigt auch zu Tabubrüchen, rassistische Meme werden daher oft mit vielen Likes und Shares belohnt, was völlig verdrehte Anreizsysteme schaffen kann.«

Was bedeutet das zum Beispiel für die anstehenden Europawahlen?

»Es wird leichter, die politische Stimmung zu beeinflussen. Themen von geringer Relevanz können in den sozialen Medien groß gemacht werden, ein Überschuss an Falschinformationen könnten Chaos, Verwirrung und politischen Druck erzeugen und gezielte Provokationen könnten zu Eskalationen zwischen rechten und linken Akteuren führen. Es sieht ganz danach aus, als würde Steve Bannon mit seiner Movement genau auf diese Effekte setzen: den Eingriff in Wahlkämpfe durch die Stärkung von Netzwerken, die gezielt destabilisieren, manipulieren und verwirren sollen. Falls ihm das auch nur ansatzweise gelingt, sind die Konsequenzen nicht zu unterschätzen: Das europäische Friedensprojekt steht auf dem Spiel.«



Also sollten wir das Internet einfach abschalten und alles wird wieder einfacher? Was sind funktionierende Gegenstrategien gegen die Entdemokratisierung?

»Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie, die einerseits Entfernung- und Moderationstechniken optimiert, andererseits aber auch eine kritischere Auseinandersetzung mit problematischen Inhalten fördert, die in rechtliche Grauzonen fallen. In Kooperation mit den großen und kleinen Tech-Unternehmen müssen die Algorithmen darauf ausgerichtet werden, Hassrede, Bots, Falschmeldungen und extreme Inhalte schneller zu erkennen. Zusätzlich dazu muss mittel- und längerfristig auch noch viel mehr Aufklärungsarbeit im schulischen und außerschulischen Kontext passieren: Medienkompetenz und Kenntnisse über die Gefahren, die die digitalen Welten mit sich bringen, müssen auch generationenübergreifend besser vermittelt werden.«



Julia Ebner forscht am Institute for Strategic Dialogue in London

Die Fragen stellte **Franziska Schröter**, Leiterin des »Projekt gegen Rechts« im Forum Berlin.

PROJEKT

Sprechfähig bleiben

Die Liste an aktuellen Herausforderungen für unsere Demokratie ist lang. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung im Land weiterhin positiv scheint, wächst die soziale Ungleichheit. Vielerorts ist Industrie 4.0 schon Realität und immer mehr Bürger_innen fragen sich, ob der eigene Beruf in Zeiten voranschreitender Digitalisierung zukunftsfähig ist. Die öffentliche Debatte ist weiterhin geprägt von Diskussionen über Geflüchtete. Und bei der Suche nach einer europäischen Migrationspolitik steht zugleich die Frage im Raum, ob die Krise der Europäischen Union selbst überhaupt noch überwunden werden kann?

Mit Blick auf diese und andere Aufgaben wird Politik von vielen Menschen als immer komplexer und undurchsichtiger wahrgenommen. Parteien haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre politische Arbeit in für alle Bürger_innen verständlicher Form zu vermitteln.

Die Parteiendemokratie gerät zunehmend unter Druck. In einer gesellschaftlichen Umbruchsphase schwinden gewohnte Sicherheiten im Privaten wie im Politischen und bedingen einen massiven Vertrauensverlust vieler Bürger_innen in Parlamente, Regierungen und Medien.

Während populistische Strömungen massiv an Zustimmung gewinnen, der politische Umgangston rauer wird, rassistische Parolen vielerorts salonfähig werden, ist die Verteidigung und Stärkung der Demokratie wichtiger denn je. Wo Populismus gezielt mit den Ängsten vieler Bürger_innen spielt, gilt es, Haltung zu zeigen, sprechfähig zu bleiben und solidarisch für demokratische Grundwerte einzustehen.

Das FES-Landesbüro NRW etabliert mit dem Projekt »NRW demokratiestark« eine neue Seminarreihe, in deren Veranstaltungen Argumente, Gegenstrategien und praktisches Handwerkszeug für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Kräften an die Hand gegeben werden sollen.

→ www.fes.de/lnk/demokratiestark

»Raus mit der Sprache!« Was junge Menschen über Demokratie zu sagen haben

Fragen an Ella Anschein

Ella, du hast zwei Tage mit jungen Menschen gearbeitet und mit ihnen in bemerkenswerten Texten auf die Bühne gebracht, was junge Menschen mit Blick auf Politik und Gesellschaft beschäftigt. Wo sehen sie die größten Probleme für ein faires Miteinander?

»Viele sehen vor allem die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Konsens und alltäglicher Realität. Da fragt sich eine Jugendliche in ihrem Text, warum wir über die Notwendigkeit von Feminismus reden, wenn ihr jeden Tag in der Schule gezeigt wird, dass sie ein Mädchen ist. Schon wenn es darum geht, dass der/die Lehrer_in »mal zwei starke Jungs braucht«, um etwas zu transportieren.

Ein anderer Jugendlicher versetzt sich in seinem Text in die Erde hinein und beklagt eindrücklich, wie wir mit der Umwelt umgehen. Da wird kaum jemand anderer Meinung sein, wir alle wollen eine Welt, in der wir gut leben können. Die Frage ist immer wieder, warum das nicht funktioniert.«

Welche Ideen haben junge Menschen, um ein demokratisches Zusammenleben zu sichern?

»Ich sehe da eine Sehnsucht nach Anstand von allen Seiten. Junge Menschen wollen klare Aussagen von der Politik, einen verantwortungsvolleren Umgang der Erwachsenen miteinander und mit der Welt. Es gibt den Willen zum Hinterfragen von Strukturen bei gleichzeitiger Sicherheit, was

die eigene Zukunft betrifft. Als junger Mensch geht es immer darum, den eigenen Platz in der Welt zu finden, das kann manchmal sehr bedrohlich wirken, wenn wir uns die aktuellen Entwicklungen ansehen.«

Welche Anliegen wurden in der Gruppe geteilt?

»Da ging es erst einmal weniger um konkrete Themen, sondern darum, sich selbst eine Aussage zuzutrauen. Wir haben deshalb zuerst den Bezug zu den jungen Menschen selbst gesucht und uns gefragt: Was stört mich an der Welt? Was ist mir wichtig? Worauf hoffe ich?

Die meisten Antworten auf diese Fragen sind ganz automatisch auch politisch und damit konnten wir in den Schreibprozess gehen und Bilder finden. Ein Text handelte dann beispielsweise eindrucksvoll von Demokratie als einer würdevollen, alten Dame, die Angst um ihre Zukunft hat, aber stark bleibt und sich ihrem Alltag stellt.«

War es leicht, das alles am Ende auf die Bühne zu bringen?

»Das ist nie leicht, vor allem für Menschen, die das noch nie gemacht haben. Wir haben viel darüber gesprochen, was es bedeutet, seine eigenen Gedanken mit Überzeugung vorzutragen, und was Intention und Anteilnahme in Bezug auf das eigene Gedankengut für das Publikum ausmachen. Umso schöner war es am Ende, wie viele der Teilnehmer_innen den Weg auf die Bühne genommen haben und wie deutlich jede_r Einzelne über sich hinausgewachsen ist.«

Einsichten

Mit der Ausstellung »Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen« der FES wurden die Schüler_innen des Katholischen Freien Gymnasiums St. Meinrad, Rottenburg a. N., über die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus informiert. Die Schülerin Amelie Myhsok bilanzierte anschließend:



»Ich bin 15 Jahre alt und, wenn ich eines Tages Kinder haben sollte, dann will ich sie nicht in einem Land großziehen, in dem Menschen brutal ermordet werden, nur weil sie ausländische Wurzeln haben und wo Menschen mit Behinderung grundsätzlich als minderwertig abgestempelt werden. Deshalb muss etwas gegen den Rechtsextremismus getan werden, er ist eine Gefahr für unsere Demokratie und unsere Zukunft!«



Ella Anschein, eine politisch engagierte Poetry-Slammerin aus Bonn leitete den Poetry-Slam-Workshop beim ersten JugendDemokratieFESTival der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Pantheon Theater im November 2018 in Bonn. Junge Menschen waren eingeladen, gemeinsam mit Zeitzeugen, politischen Gästen, Musiker_innen, Slam-Poet_innen und Filmemacher_innen zusammenzukommen, um die eigenen Anliegen mit Filmen, Texten, Songs und Beats aufzuzeigen und öffentlich zu machen.

Die Fragen stellte **Kerstin Ott**, eine der Leiterinnen des Forums Jugend und Politik der FES in Bonn.

Früh übt sich Rahmenbedingungen für die demokratische Schule

Fragen an Mark Rackles

Welche Rolle spielt Schule im Kontext von Demokratie und Demokratiegefährdung und was heißt das für die Bildungspolitik?

»Die Schule ist neben der Familie der maßgeblich prägende Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche. Sie bietet einen geschützten Raum für erste Erfahrungen von Mitbestimmung, beispielsweise in Form von Klassenrat und Schülervertretungen. Gleichzeitig ist Schule der einzige Ort, an dem Kinder aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen und in Austausch treten können. Sie bildet den Rahmen für ein systematisches Kennenlernen verschiedener Wertvorstellungen und Lebensweisen und legt dadurch eine zentrale Grundlage zur Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt. Die Bildungspolitik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die demokratische Schule zu setzen und die Pädagoginnen und Pädagogen bei deren Umsetzung durch entsprechende Angebote in den Bereichen Politikdidaktik und Demokratiebildung zu unterstützen.«

Für Berliner Schulen hat Ihr Haus gerade eine Gesamtstrategie für politische Bildung vorgelegt. Was umfasst diese, wie wird sie umgesetzt?

»Die Strategie fußt auf drei Säulen: erstens der Stärkung des Faches Politische Bildung und der politischen Bildung im fächerübergreifenden Unterricht; zweitens der Förderung von demokratischer Schulkultur, insbesondere der Teilhabemöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern und drittens der Förderung der Interaktion mit außerschulischen Bildungspartnern insbesondere der historisch-politischen Bildung.

Gerade in der digitalen Gesellschaft kommt der politischen Bildung eine zentrale Rolle zu, da sie Kinder und Jugendliche befähigt, sich ein mündiges Urteil angesichts der Herausforderungen durch Netzöffentlichkeit und »Fake News« bilden zu können.«



Berlin hatte im Unterschied zu anderen Bundesländern lange kein eigenes Schulfach »Politik«, seit Kurzem ist es verpflichtend eingeführt. Welchen Beitrag kann das Fach Politische Bildung/Politikwissenschaft leisten, um Demokratie zu stärken?

»Das Schulfach Politik vermittelt Wissen und Kompetenzen, die Schülerinnen und Schülern zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern machen, wie Urteilsfähigkeit, die Fähigkeit zur Analyse politischer Sachverhalte und Interessen, eigene Meinungsbildung, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, Wissen über Teilhabemöglichkeiten. Daher ist Politische Bildung als Schulfach wichtig und notwendig, aber nicht hinreichend zur Demokratiestärkung an und durch Schule. An der Schule müssen die demokratische Schulkultur sowie eine Einbettung in breitere gesellschaftliche Bemühungen zur Demokratiestärkung hinzukommen.«



Mark Rackles ist Staatssekretär für Bildung der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Die Fragen stellte **Dr. Nora Langenbacher**, zuständig für den FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik.

Flucht, Migration, Integration

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt einen Schwerpunkt auf die Themen Flucht, Migration und Integration.

Menschen waren, sind und werden immer in Bewegung sein – aus unterschiedlichsten Gründen. Migration und Mobilität sollten daher global gerecht gestaltet werden. In Deutschland setzen wir uns für eine Einwanderungsgesellschaft ein, die auf den Grundwerten und Prinzipien der Demokratie beruht und allen Menschen eine chancengleiche Teilhabe ermöglicht.

Dies ist für uns keine Utopie, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Weitere Informationen, Veranstaltungen und Publikationen der FES zu diesem Themenbereich finden Sie unter www.fes.de/fmi.



An einem Strang ziehen

Drei Elemente für die Umsetzung des Globalen Migrationspakts

Von Felix Braunsdorf

Kaum ein Prozess der Vereinten Nationen (VN) hat in europäischen Ländern so viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen wie der Migrationspakt. Kurz vor dessen Verabschiedung starteten rechts-extreme Gruppierungen eine massive Verunsicherungs- und Desinformationskampagne, für die sich vor allem rechtspopulistische Regierungen empfänglich zeigten.

Am 19. Dezember 2018 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen dennoch die Resolution zum »Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration« (GCM) formal angenommen. Dass nur fünf Staaten – die USA, Polen, Ungarn, Tschechien und Israel – gegen den Pakt stimmten, unterstreicht, wie wenig Wirkung die globale »Fake-News«-Offensive schlussendlich hatte. Der Pakt ist insofern auch ein klarer Sieg des Multilateralismus.

Der Migrationspakt ist ein diplomatischer Meilenstein: Er schafft erstmals einen weltweiten Rahmen dafür, mit großen Herausforderungen umzugehen, vor denen Regierungen und Gesellschaften stehen – mit internationaler Migration und Mobilität.

Nach der Verabschiedung beginnt nun die Umsetzung. Diese erfolgt auf allen Ebenen: global, regional, national und lokal. Allein deshalb ist es wichtig, dass unterschiedlichste Akteure an einem Strang ziehen, unter denen die Vereinten Nationen mit reformierten Strukturen eine wichtige unterstützende Rolle einnehmen. Drei Elemente sind in der Umsetzungsphase wichtig:

Nationaler Umsetzungsplan

Der Migrationspakt empfiehlt einen Umsetzungsplan für die nationale Ebene. Gemäß den Prinzipien des Paktes sollten Regierungen eine Gesamtstrategie entwickeln und allen relevanten Interessengruppen ermöglichen, sich zu beteiligen: Zivilgesellschaft, Migranten- und Diasporaorganisationen, lokalen Behörden, Gewerkschaften und Parlamentarier_innen. Ein erster Schritt muss sein, zu klären, welche vorhandenen Strategien, Strukturen und Aktivitäten schon jetzt dazu beitragen, die Ziele des Paktes zu erreichen, und was der Zielerreichung derzeit entgegensteht.

Sind die größten Baustellen identifiziert, können nationale Prioritäten und Roadmaps festgelegt werden.

Weiterverfolgung und Überprüfung

Der Migrationspakt hält die Staaten dazu an, sich regelmäßig über ihre Fortschritte bei der Umsetzung des Paktes auszutauschen und darüber zu berichten. Dies soll ab dem Jahr 2022 alle vier Jahre auf dem neu geschaffenen »Überprüfungsforum Internationaler Migration« (International Migration Review Forum) geschehen. Subregionale, regionale und regionenübergreifende Prozesse, Plattformen und Organisationen sind dazu eingeladen, bereits ab dem Jahr 2020 eigene Überprüfungen durchzuführen. Auf dem Prüfstand stehen dann auch die europäische Migrationspolitik sowie interregionale Kooperationsvereinbarungen. Darüber hinaus sollte die GCM-Überprüfung mit anderen Berichtsverfahren, zum Beispiel zu den nachhaltigen Entwicklungszielen oder Menschenrechtsverträgen, verknüpft werden.

Migration Governance« der VN

Der Migrationspakt stellt die VN-Strukturen für die internationale Zusammenarbeit in Migrationsfragen auf ein neues Fundament. In Zukunft wird die Internationale Organisation für Migration (IOM) eine zentrale koordinierende Rolle innerhalb des neu geschaffenen Migrationsnetzwerks der VN einnehmen. Das Netzwerk soll die Umsetzungspläne der Staaten unterstützen, zum Beispiel mit einem neuen Kapazitätsaufbaumechanismus. Dieses wird technische, personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen, um migrationspolitische Kooperationen zu fördern.

Auch die FES wird sich mit ihrem weltweiten Netzwerk progressiver Akteure aus Gewerkschaften, Thinktanks und Zivilgesellschaft in die Umsetzungsphase des Migrationspaktes einbringen. Anhand von Best-Practice-Beispielen aus aller Welt soll aufgezeigt werden, dass eine rechtere-basierte und entwicklungsorientierte Migrationspolitik machbar ist. ●



Felix Braunsdorf ist Referent für Migration und Entwicklung im Referat Globale Politik und Entwicklung.

»Wir brauchen eine intelligente Steuerung der Migration aus Drittstaaten«

Arbeitsmarkt vor grundlegendem Wandel

Fragen an Herbert Brücker

Herr Prof. Brücker, Migration und Arbeitsmarktintegration sind Ihre Forschungsschwerpunkte. Warum braucht Deutschland Ihrer Meinung nach ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz?

»Deutschland ist in einer kritischen Situation. Der demografische Wandel verändert unsere Bevölkerungsstruktur stärker als in den meisten anderen OECD-Staaten. Ohne Wanderungen würde bis 2060 das Erwerbspersonenpotenzial um rund 40 Prozent sinken. Um es konstant zu halten, benötigen wir eine Nettozuwanderung von mindestens 400.000 Personen pro Jahr, das entspricht 800.000 bis 1 Million Zuzügen.

Aber auch dann würde der Altersquotient, also das Verhältnis von nicht mehr Erwerbstätigen zu Erwerbstätigen, immer noch um 60 Prozent steigen. Migration kann diese Trends nicht aufhalten, aber abmildern. Auch müssen wir uns darauf einstellen, dass die Migration aus der EU im kommenden Jahrzehnt stark sinken wird. Hier kommt das Einwanderungsgesetz ins Spiel: Wir brauchen eine intelligente Steuerung der Migration aus Drittstaaten. Bislang kommen nur ein Zehntel der Migrant_innen aus Drittstaaten als Arbeitsmigrant_innen nach Deutschland, die übrigen neunzig Prozent über den Familiennachzug, die humanitäre Migration und ähnliche Wege.

Letztere integrieren sich aber sehr viel schlechter als Arbeitsmigrant_innen in den Arbeitsmarkt. [...] Es muss gelingen, dass künftig nicht mehr ein Zehntel, sondern wie in anderen Einwanderungsländern bis zu 40 Prozent der Neueinwandernden als Arbeitsmigrant_innen nach Deutschland kommen.«

Manche Politiker_innen argumentieren, dass jetzt schon zu viele Einwanderinnen und Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt sind und damit die Löhne niedrig halten. Was halten Sie von dieser Sichtweise?

»Diese Vorstellung erscheint intuitiv naheliegend, aber ist ökonomisch deshalb nicht richtig. In der simpelsten Variante eines Lehrbuchmodells, in dem der Kapitalstock gegeben ist und die Volkswirtschaft von den internationalen Gütermärkten abgeschottet ist, würde eine Ausweitung des Arbeitsangebots tatsächlich zu fallenden Löhnen führen. Oder Arbeitslosigkeit, wenn sich die Löhne nicht vollständig anpassen.

Glücklicherweise treffen beide Annahmen nicht zu. Der Kapitalstock passt sich durch Investitionen oder internationale Kapitalzuflüsse an ein steigendes Arbeitsangebot an, die Kapitalrenditen und das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau bleiben konstant. [...] Einfacher formuliert: Mehr Arbeits-

kräfte bedeuten auch mehr produzierte Güter oder Dienstleistungen. In der Summe bleibt dadurch das Verhältnis von Kapital und Arbeit bzw. Löhnen weitgehend unverändert.«

Gibt es also keine Verlierer?

»Der deutsche Arbeitsmarkt ist aus unterschiedlichen Gründen sehr stark segmentiert: Migranten konkurrieren sehr stark mit Migranten, während Deutsche ohne Migrationsgeschichte in anderen Arbeitsmarktsegmenten unterwegs sind. Da liegt nicht nur an der Bildung, sondern auch an Diskriminierung, hohen Hürden des Zutritts in bestimmte Arbeitsmärkte wie dem öffentlichen Dienst und Netzwerken. Deshalb profitieren deutsche Arbeitskräfte von der Einwanderung von Arbeitskräften in fast allen Qualifikationsgruppen, während die bereits hier lebenden Migrant_innen eher verlieren.« [...]

Vonseiten der Regierung liegen mittlerweile Eckpunkte und ein Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vor, der im Dezember 2018 vom Kabinett beschlossen wurde. Geht der Vorstoß der Regierung inhaltlich aus Ihrer Sicht in die richtige Richtung?

»Beginnen wir mit den positiven Seiten. Die Vorrangprüfung, die besagt, dass eine Stelle nur mit einer Einwanderin oder einem Einwanderer besetzt werden darf, wenn dafür kein deutscher Staatsbürger oder bevorzogter Ausländer, beispielsweise aus der EU, infrage kommt, soll weitgehend abgeschafft werden. [...] Aber damit ist ein Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik verbunden: Es wird anerkannt, dass wir Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen und dass der Arbeitsmarkt nicht gegen Einwanderer aus dem Ausland geschützt werden muss. « [...]

Was fehlt den vorliegenden Eckpunkten Ihrer Meinung nach?

»Der Gesetzentwurf hält an der wichtigsten Hürde für die Einwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland fest: Berufliche Abschlüsse müssen vor dem Zuzug nach Deutschland als gleichwertig anerkannt sein. Dies ist eine hohe Hürde. Das ist nicht nur mit einem hohen Aufwand verbunden, sondern aufgrund unterschiedlicher Bildungs- und Ausbildungssysteme häufig nicht möglich. [...]

Grundsätzlich leidet der Gesetzentwurf darunter, dass der Gesetzgeber zahlreiche sich wechselseitig verstärkende Restriktionen eingebaut hat, die von den Bewerber_innen alle erfüllt werden müssen. Das wird dazu führen, dass qua-



lifizierte Fachkräfte an der einen oder anderen dieser Hürden scheitern werden, obwohl sie sich in Deutschland gut in den Arbeitsmarkt integrieren würden.«

Zu- bzw. Einwanderung ist das eine, Integration das andere: Wie kann eine Integration in den deutschen Arbeitsmarkt für Einwanderer auch langfristig gelingen?

[...] »Wir wissen aus der Forschung, dass Einwandernde schon vor dem Zuzug die Migration mitdenken und entsprechend in Bildung und Ausbildung investieren. Allerdings sprechen die wenigsten Deutsch beim Zuzug. Deutsch ist keine Weltsprache und eine Investition in diese Sprache macht bei ungewissen Einwanderungsbedingungen wenig Sinn. Wir müssen deshalb auf den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse in Deutschland setzen.

Mit am wichtigsten erscheint mir aber, dass wir verstehen, dass die Einwanderung auch uns verändert: Sie verlangt auch Deutschland eine Integrationsleistung ab. Ein Arbeitsmarkt, in dem künftig 30 bis 40 Prozent Arbeitskräfte mit Migrationsgeschichte arbeiten werden, wird nicht mehr der gleiche sein wie heute. Das Facharbeitermodell wird sich anpassen müssen, es werden neue Produktions- und vor allem Dienstleistungsstrukturen entstehen.«

Das komplette Gespräch:



Professor Dr. Herbert Brücker ist Direktor des Berliner Instituts für empirische Migrations- und Integrationsforschung (BIM) und Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Er war zuletzt Podiumsteilnehmer einer Fachveranstaltung der FES und des DGB zum Thema Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Die Fragen stellte **Sönke Hollenberg**, Referent für die Arbeitsbereiche Integration und Teilhabe, Flucht/Migration/Integration.

Es bleibt viel zu tun

Geflüchtete Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Von Susan Javad

Die Mehrheit der Geflüchteten in Deutschland sind Männer. Dennoch: Der Frauenanteil steigt. Betrug er bei neu Einreisenden Ende 2015 auf das Jahr gerechnet nur 30,8 Prozent, so lag er am Ende des vergangenen Jahres bei über 43 Prozent. Heute leben weit über 500.000 geflüchtete Frauen in Deutschland.

Ebenso wie für geflüchtete Männer stellt sich für sie die Frage, wie sie nach Klärung ihres Status den Weg in den Arbeitsmarkt finden und damit eine eigenständige Existenzgrundlage für sich und ihre Familie schaffen können. Der Blick auf die Zahlen ernüchtert: Die bisher erzielten Erfolge der Integration in den Arbeitsmarkt für Geflüchtete beschränken sich weitgehend auf Männer. So haben zwar mittlerweile knapp 300.000 Geflüchtete eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden, doch darunter finden sich kaum Frauen.

Einen Einblick in die Hintergründe, die zu diesem Ergebnis führen, gibt die seit 2016 jährlich durchgeführte Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sowie des Sozioökonomischen Panels (IAB-BAMF-SOEP). Diese gilt als repräsentativ für die Menschen, die zwischen Januar 2013 und Januar 2016 nach Deutschland gekommen sind. Danach bringen weibliche Geflüchtete weniger schulische Vorbildung mit als Männer. Dies wird insbesondere bei der Frage, ob überhaupt ein Schulabschluss vorliegt, deutlich: So haben 17 Prozent der Frauen und damit 6 Prozent mehr als unter den Männern gar keinen Abschluss. Im Hinblick auf die Berufserfahrung gibt es noch deutlichere Unterschiede: Über 80 Prozent der Männer haben vor ihrer Flucht gearbeitet. Dies gilt jedoch nur für rund 40 Prozent der Frauen.

Längerfristig ist ein anderer Faktor ganz entscheidend dafür, ob und wie geflüchtete Frauen ihren Weg in den Arbeitsmarkt finden, nämlich die Frage der Sorgeverantwortung. Die große Mehrheit der in Deutschland lebenden geflüchteten Frauen lebt mit Kindern zusammen. Das gilt in weit geringerem Maße für männliche Geflüchtete. Damit steht Letzteren schon einmal grundsätzlich mehr Zeit für den Spracherwerb und die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen zur

Verfügung. Aber auch innerhalb der Gruppe der Geflüchteten mit Kind(ern) gibt es, nach Geschlecht differenziert, Unterschiede: So nehmen nach Zahlen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung 84 Prozent der Väter mit Kindern jünger als 3 Jahren an Integrationsmaßnahmen teil, aber nur 50 Prozent der Mütter. Tradierte Rollenvorstellungen, aber auch der deutschlandweite faktische Mangel an Betreuungsplätzen für Kleinkinder dürften hierfür die Hauptursachen sein.

Dazu kommt, dass ein Großteil der arbeitsmarktbezogenen Integrationsmaßnahmen, die die Jobcenter im Angebot haben, auf das Handwerk und eher männlich konnotierte Ausbildungsberufe abzielt. Hier finden sich auch wenige deutsche Frauen, was die Attraktivität dieser Berufe für geflüchtete Frauen nicht erhöhen dürfte.

All diese Faktoren gilt es in den Blick zu nehmen, wenn auch geflüchtete Frauen ihren Weg in die unabhängige Existenzsicherung finden sollen. Und dass das dringend geboten ist, da sind sich alle Expert_innen einig: zum einen natürlich für die Frauen selbst. Zum anderen aber auch für ihre Kinder – die nächste Generation in einer Gesellschaft, die sie aktiv mitgestalten sollen und unter den Bedingungen des demografischen Wandels auch tatkräftig mitgestalten müssen. ●

↓ www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=15115&ty=pdf

Tanja Fendel: Die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen, WISO direkt: 02/2019



Susan Javad ist Leiterin des Arbeitskreises Migration und Integration in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.



GASTBEITRAG

Auf Acker und Autobahn Ausbeutung von Zugewanderten und Entsandten

Von Vera Egenberger

Egal, aus welchen Gründen sich Menschen entscheiden, in einem anderen Land Arbeit zu suchen: Migrant_innen sind oft diejenigen, die am stärksten von prekären Arbeitsbedingungen und von Ausbeutung betroffen sind.

Lange Zeit wurden gerade auf deutschen Baustellen oder in privaten Haushalten Personen auf unterstem Einkommensniveau beschäftigt und häufig keine Sozialleistungen für sie abgeführt. Erst die Einführung des Mindestlohns hat die Arbeitsbedingungen verbessert.

Allerdings werden Mindestlohn und angemessene Arbeitsbedingungen in der Saisonarbeit vielfach ausgehebelt. Jährlich kommen Tausende von Arbeiter_innen nach Deutschland, um Spargel, Äpfel, Beeren, Trauben und andere Agrarprodukte zu ernten. Zwar haben sie zumeist kurzzeitige Arbeitsverträge, bei denen EU-Rahmenbedingungen Arbeits- und Ruhezeiten, Standards der Unterbringung und das Lohnniveau festlegen. In der Praxis werden diese jedoch häufig ignoriert. Saisonarbeiter_innen arbeiten mitunter weit mehr Stunden täglich als vorgesehen, werden zu unbezahlten Überstunden verpflichtet, müssen in unzulänglichen Unterkünften leben und für diese auch noch viel Geld bezahlen. Dadurch wird vielerorts der gesetzliche Mindestlohn unterschritten und geltendes Recht ausgehöhlt.

Das Problem liegt auch in der auf EU-Ebene verankerten Möglichkeit, Entsendungen vorzunehmen. Die entsprechende Richtlinie erlaubt es Firmen, die beispielsweise in Slowenien ihren Sitz haben, Arbeitsaufträge in anderen EU-Ländern auszuführen. Dabei dürfen sie Arbeitsverträge auf der Grundlage ihres heimischen Arbeitsrechts und der ortsüblichen Bezahlung schließen, die weit unter dem Durchschnittsverdienst im Zielland liegen kann.

In der Transportbranche wurden diese Schieflagen zuletzt besonders deutlich: Fast nirgendwo sonst waren die Verdienste so offensichtlich unterschiedlich wie unter den Personen, die auf deutschen Autobahnen unterwegs waren.

Erst zum 30. Juli 2018 wurde die EU-Entsenderichtlinie geändert, reale Verbesserungen werden aber noch auf sich warten lassen. Gewerkschaften hatten gemeinsam versucht, die Forderung ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‹ in der Richtlinie zu platzieren, was wegen starker Interessen osteuropäischer Regierungen jedoch nur bedingt gelang.

Dass Deutschland ein vielfältiges Einwanderungsland ist, das akzeptieren zunehmend auch diejenigen, die vor der Realität lange die Augen verschlossen haben. Was jedoch bis heute fehlt, ist eine Einwanderungspolitik, die auf soliden gesetzlichen Grundlagen und für den Schutz von Menschen- und Arbeitnehmer_innenrechten steht. Bislang hat die Bundesrepublik lieber Klein- und Kleinstverordnungen aus EU-Richtlinien umgesetzt und damit zum Beispiel um die 60 Aufenthaltstitel geschaffen, die kaum noch zu überblicken sind. Diese Kleinteiligkeit hilft heute nicht mehr weiter: Deutschland braucht Migrant_innen in Zeiten eines sichtbaren demografischen Gefälles, starker Konjunktur, hohen Bedarfen an Fachkräften und stark rückläufigen Zahlen von Geflüchteten, die zukünftige Arbeitskräfte sein könnten. Deshalb brauchen wir Visionen dafür, wie wir Menschen in eine Gesellschaft einbinden wollen, die auch für Arbeitnehmerrechte und faire Arbeitsbedingungen steht und keine Diskriminierung von Zugewanderten zulässt. ●



Vera Egenberger ist Gewerkschaftssekretärin beim DGB-Bundesvorstand, Abteilung Migration und Antirassismuspolitik.

Politik für Europa

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrer Europaarbeit: der wirtschaftlichen und sozialen Krise, aufkommenden Zweifeln an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitischen Verwerfungen.

Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration bei den Bürger_innen infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen.

Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger_innen zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrer Arbeit zum Thema Europa alle Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich.

Was die Deutschen von Europa erwarten

Von Johannes Damian und Thomas Hartmann

Die Krise ist für die Europäische Union inzwischen der Normalzustand. Nach außen wirkt die Gemeinschaft uneins. Im Innern wenden sich immer mehr Bürger_innen von Europa ab. Denn das große Versprechen von Demokratie, Fortschritt und Wohlstand löst die EU für viele nicht mehr ein. Wirtschaftlich und sozial entwickelt sich der Kontinent in beunruhigendem Maße auseinander. Statt Wohlstand für alle herrschen Konkurrenzkampf, zunehmende Ungleichheit und schlechte Arbeit.

Was genau aber erwarten die Deutschen von Europa? Wie groß ist ihr Bedürfnis nach mehr sozialem Ausgleich in der EU? Um das herauszufinden, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im Dezember 2018 eine repräsentative Studie durchführen lassen. Sie bildet den Auftakt des zweijährigen Projekts »Für ein besseres Morgen« und will einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft Europas leisten.

Wunsch nach Veränderung

Generell genießt die EU eine breite Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Aktuell trauen die Menschen ihr aber wenig zu. So sehen zwei Drittel der Bürger_innen Reformbedarf. Die Umfrage zeigt auch: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Europaskepsis und Einkommen. Menschen mit schwächerem Einkommen (38 Prozent) sehen mehr Nachteile in einer EU-Mitgliedschaft als Einkommensstarke (21 Prozent). Die Zufriedenheit mit der EU sinkt in dem Maße, in dem die Befragten selbst nicht vom Wohlstand profitieren. Ungleichheit und Europaskepsis hängen direkt zusammen.

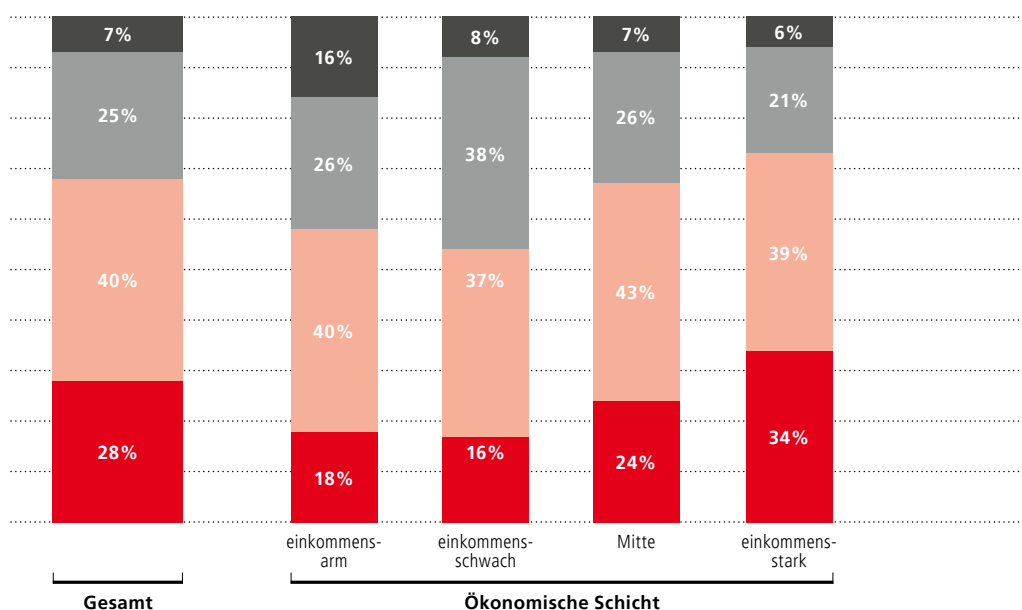
Die EU hat ein Gerechtigkeitsdefizit

Die EU muss gerechter werden und sie soll mehr für gleichwertige Lebensverhältnisse tun, finden die Deutschen. Das wird deutlich in der hohen Diskrepanz zwischen den Werten, welche die Bürger_innen der EU zuschreiben, und denjenigen Werten, die sie stärker in der EU verwirklicht sehen möchten. Am größten ist diese Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei Sicherheitsaspekten, bei den Themen »Gerechtigkeit« sowie »Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen/Lebenschancen«.

Bewertung der EU

Wenn Sie an die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU denken: Überwiegen da aus Ihrer Sicht die Vor- oder die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?

- Weiß nicht
- Nachteile überwiegen
- Vor- und Nachteile halten sich ungefähr die Waage
- Vorteile überwiegen

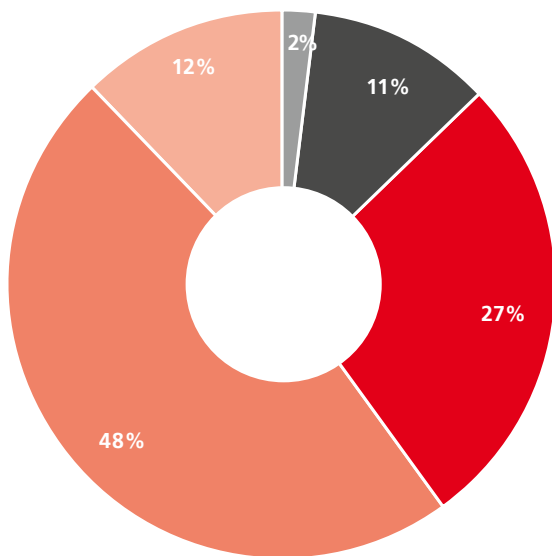


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland, Stichprobengröße: n = 2.010, Quelle: YouGov 2018.

Bewertung von Unterschieden in Europa

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu?
„Die meisten Probleme der EU sind auf die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den EU-Ländern zurückzuführen.“

■ Weiß nicht ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher nicht zu
■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu

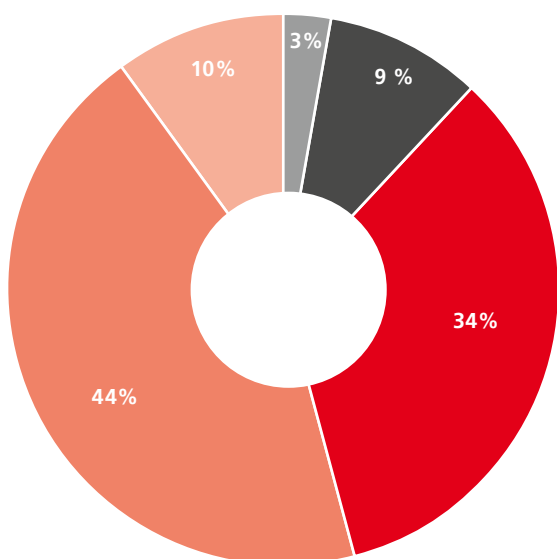


Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland, Stichprobengröße: n = 2.010, Quelle: YouGov 2018.

Wahrnehmung gegenseitiger Abhängigkeit der EU-Mitgliedsstaaten

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu?
„Wenn es den anderen EU-Ländern wirtschaftlich schlecht geht, dann ist das langfristig auch schlecht für Deutschland.“

■ Weiß nicht ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher nicht zu
■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland, Stichprobengröße: n = 2.010, Quelle: YouGov 2018.

Ungleichheit in der EU schadet Deutschland

Auch zwischen den Mitgliedsstaaten nehmen die Deutschen große wirtschaftliche und soziale Unterschiede wahr. Und drei Viertel der Befragten glauben, dass auf diese Ungleichheiten die meisten Probleme der EU zurückzuführen sind. Etwa 80 Prozent sind dementsprechend der Meinung, dass das auch schädlich für Deutschland ist. Die Bevölkerung in Deutschland hat also durchaus ein starkes Bewusstsein dafür, dass die Länder Wohlstand nur gemeinsam garantieren können.

Soziale Themen am wichtigsten

Die Bürger_innen in Deutschland finden sozialpolitische Themen grundsätzlich sehr wichtig. Die Studie zeigt, dass das auch für die europäische Ebene gilt: Mehr als die Hälfte der Deutschen bezeichnet jeweils die folgenden Themen als große bis größte Herausforderung für die EU: »unterschiedliche Lebensverhältnisse« (55 Prozent), »unterschiedliche Sozialsysteme« (57 Prozent) sowie »wirtschaftliche Unterschiede zwischen den EU-Ländern« (58 Prozent).

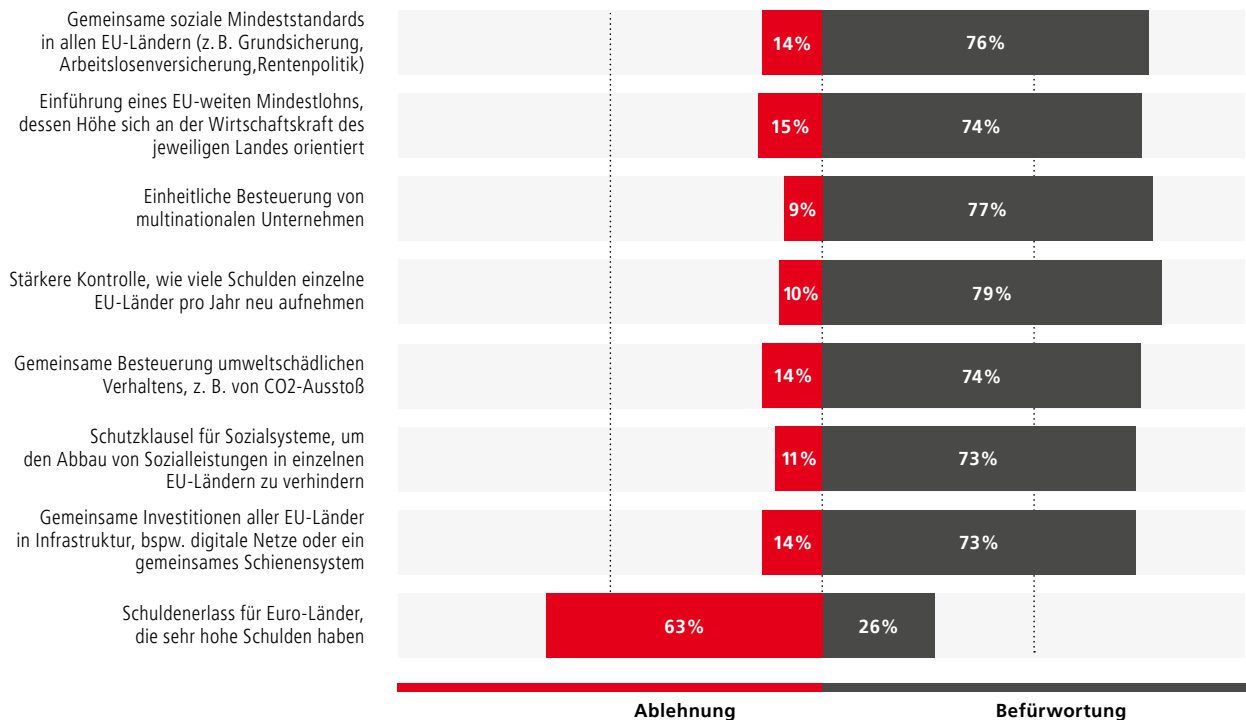
Allerdings wollen die Bürger_innen, dass diese Herausforderungen eher von der deutschen Politik gelöst werden als auf EU-Ebene. Dafür kann es verschiedenen Erklärungen geben: Viele Bürger_innen nehmen die Mitgliedstaaten als uneinig wahr und trauen der EU dementsprechend keine effektiven Lösungen zu. Außerdem verbinden viele Bürger_innen die EU schlicht nicht mit Sozialpolitik, zumal die EU in diesem Bereich bisher nur über wenige Kompetenzen verfügt.

Mehrheit für solidarische Maßnahmen

Sozialpolitische Maßnahmen, die dazu beitragen könnten, die soziale Ungleichheit im europäischen Kontext zu reduzieren, genießen hohe Zustimmung. Drei von vier Deutschen etwa sind für die Einführung eines EU-weiten länderspezifischen Mindestlohns. Ebenso viele befürworten gemeinsame soziale Mindeststandards. Die höchsten Zustimmungsraten haben dabei Maßnahmen, die stärkere Kontrolle und Regulierung beinhalten. Dazu gehören etwa die einheitliche Besteuerung multinationaler Unternehmen (77 Prozent) und die haushaltspolitische Kontrolle zur Regulierung von Staatsverschuldung in der EU (79 Prozent). Und 73 Prozent sagen: Einzelne EU-Ländern sollen davor geschützt sein, dass Sozialleistungen abgebaut werden. Maßnahmen, die als einseitig wahrgenommen werden, finden weniger Akzeptanz. Hierzu zählt etwa ein Schuldenerlass für EU-Länder mit hoher Staatsverschuldung.

Akzeptanz politischer Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit im europäischen Kontext

Sie sehen hier mögliche Maßnahmen, die im Zusammenhang einer stärkeren europäischen Integration diskutiert werden. Bitte geben Sie für jede Maßnahme an, ob Sie sie befürworten oder ablehnen. („weiß nicht“ ist nicht dargestellt)



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland, Stichprobengröße: n = 2.010, Quelle: YouGov 2018.

Vertrauen zurückgewinnen

Die Studienergebnisse zeigen deutlich: Die Deutschen wollen eine sozialere EU. Allein es fehlt am politischen Angebot. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung traut aktuell keiner Partei zu, für soziale Gerechtigkeit in Europa zu sorgen. Mit Blick auf die anstehenden Europawahlen heißt das: Wenn die Politik der verbreiteten Europaskepsis etwas entgegensetzen will, sollte sie dringend glaubhafte und umsetzbare Maßnahmen anbieten: für weniger wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten und für mehr sozialen Ausgleich in Deutschland und in Europa.



Johannes Damian ist Referent im Referat Kommunikation und Grundsatzfragen.



Thomas Hartmann ist Referent in der Akademie für Soziale Demokratie der Abteilung Politische Akademie.



→ Die Ergebnisse der Befragung:
<https://www.fes.de/politik-fuer-europa/umfrage-was-die-deutschen-von-europa-erwarten>

Zehn Dos und Don'ts

Der Umgang progressiver Parteien mit Rechtspopulisten in Europa

Von Christian Krell

2019 hat es in sich. Gleich fünf wichtige Wahlen stehen an: In Brandenburg, Bremen, Sachsen und Thüringen werden neue Landtage gewählt. Und im Mai 2019 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger der dann voraussichtlich 27 EU-Mitgliedsstaaten über das Europaparlament. In allen Prognosen für alle genannten Wahlen werden den rechtspopulistischen Kräften zurzeit kräftige Zugewinne vorausgesagt. Die Parteienlandschaft würde sich teilweise deutlich verändern, manche sagen für die ostdeutschen Bundesländer schon die »Unregierbarkeit« voraus, weil keine mehrheitsfähige Konstellation in Sicht ist. Grund genug, sich den Umgang anderer Parteien mit den Rechtspopulisten anzuschauen.

Fünf Länder im Vergleich

Das nordische Büro der FES mit Sitz in Stockholm hat in einer breiten, vergleichenden Studie den Umgang progressiver Parteien mit den rechtspopulistischen Kräften in Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland untersucht. Während es viele Arbeiten gibt, die die unterschiedlichen rechtspopulistischen Parteien in diesen – und anderen Ländern – untersuchen, gibt es nur wenige Studien, die systematisch die Gegenstrategien der anderen Parteien in den Blick nehmen. Diese Lücke versucht der Band »Reclaiming Action« zu schließen. Mit profilierten LänderautorInnen und einem hochkarätigen wissenschaftlichen Beirat wurden in einem mehrjährigen Projekt die Strategien der progressiven Parteien in den genannten Ländern analysiert.

Unterschiedliche Parteien, unterschiedliche Strategien

Dabei fällt sofort auf, dass es nicht DIE Strategie gibt, die funktioniert, ebenso wenig wie es DIE rechtspopulistische Partei gibt. Die Schwedendemokraten haben eindeutig rechtsextreme Wurzeln, während die norwegische Fortschrittspartei als Anti-Steuer-Partei gegründet wurde und sich dann zur rechtspopulistischen Kraft entwickelt hat. Auch die konkreten Politikinhalte unterscheiden sich. So spricht sich die dänische Volkspartei für einen starken Sozialstaat aus – freilich unter xenophoben Vorzeichen –, während die deutsche AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm die Pri-

vatisierung des Arbeitslosengelds gefordert hat. Ebenso vielfältig sind die Strategien progressiver Parteien im Umgang mit diesen Phänomenen. Sie reichen vom Ignorieren über das Betonen der eigenen, klassischen Themen wie sozialer Gerechtigkeit bis hin zur Übernahme der Themen der Rechtspopulisten oder gar zur Kooperation mit den rechtspopulistischen Kräften. Grundsätzlich können folgende Strategien unterschieden werden:

Die Wahlen in Schweden 2018 – wechselnde Strategien im Durchlauferhitzer

Für das Forscherteam von »Reclaiming Action« war es besonders aufschlussreich, den schwedischen Wahlkampf 2018 zu beobachten, denn hier zeigten sich verschiedene Strategien im abwechslungsreichen Schnelldurchlauf. Zu Beginn des Jahres lagen die Umfragewerte für die regierenden Sozialdemokraten zwischen 28 und 29 Prozent (vgl. <https://de.pollofpolls.eu/SE>). Im Frühjahr wurden dann Themen in der öffentlichen Debatte bedeutsam, von denen besonders die Rechtspopulisten profitierten: Integration und Zuwanderung, öffentliche Sicherheit, Kriminalität. Diese Themenmelange kam besonders den Rechtspopulisten zugute, während die Sozialdemokraten leichte Verluste in den Umfragen verzeichnen mussten. Im Mai schließlich reagierte die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) darauf, indem sie ein eigenes Programm zur deutlichen Verschärfung ihrer Migrationspolitik vorschlug. Nun redete das ganze Land darüber – und über den Schwenk der Sozialdemokraten. In der Konsequenz brachen die Umfragewerte für die Sozialdemokraten ein, die Schwedendemokraten waren zeitweise mit deutlich über 20 Prozent stärkste Partei in den Umfragen. Im Spätsommer gelang den Sozialdemokraten allerdings eine bemerkenswerte Trendwende. Mit klassisch-sozialdemokratischen Themen wie mehr öffentlichen Investitionen und stabilen Renten sowie innovativen Forderungen wie mehr Freizeit für Familien eroberten die Sozialdemokraten die Führung in den Umfragen zurück und konnten am Wahlabend mit ca. 28 Prozent als stärkste Partei punkten. Die Strategie, die eigenen Stärken zu betonen (»hold«), hat sich hier also als erfolgreich im Sinne der Stimmenmaximierung erwiesen.

DOS & DON'TS

Diese Strategien progressiver Parteien im Umgang mit Rechtspopulismus sind besonders erfolgreich:

**Auf altbewährte Mittel setzen
... mit Bedacht!**

**Wirkmächtig
sein!**

**Erkennbar sein im
demokratischen Pluralismus!**

**Inklusive Identitäts-
angebote schaffen!**

**Einen eigenen Deutungs-
rahmen für Migration und
Integration anbieten!**

**Nicht verbieten,
isolieren oder ignorieren!**

**Nicht in die Regierungs-
verantwortung nehmen!**

**Nicht von den eigenbesetzten
Politikfeldern abrücken!**

**Nicht die rechtspopulistische
Agenda übernehmen!**

**Nicht verallgemeinern,
sondern über Menschen
und Individuen sprechen!**

© FES 2019: Reclaiming Action – Strategien progressiver Parteien in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland – Christian Krell, Henri Möllers und Niklas Ferch (Hrsg.)

Praxisorientierung

Der Band »Reclaiming Action« schließt mit konkreten Politikempfehlungen. Fünf Dos und fünf Don'ts wurden formuliert, um die Studie praxisorientiert nutzen zu können. Unter anderem wird empfohlen, sich auf sozioökonomische Themen zu fokussieren, aber auch, einen eigenen Deutungsrahmen für Migration und Integration zu entwickeln.

Dennoch ist klar, dass damit bei Weitem nicht alle Fragen beantwortet sind, die sich für die Strategieentwicklung progressiver Parteien in Zeiten wachsender rechtspopulistischer Kräfte stellen. Abseits politischer Parteien scheint es lohnenswert, den Blick auch auf andere politische und zivilgesellschaftliche Kräfte zu richten – schließlich entstehen rechtspopulistische Kräfte in einer komplexen gesellschaftlichen Situation und es wird dementsprechend auch auf breite gesellschaftliche Allianzen ankommen, wenn es gilt, sie zurückzudrängen.

Fest steht, auch für das Wahljahr 2019: Keine politische Entwicklung ist vorhersagbar, geschweige denn in Stein

gemeißelt. Vor wenigen Jahren noch wurde die Piratenpartei als die Kraft der Zukunft gehypt, die FDP wurde immer mal wieder totgesagt, die SPD sowieso, die Grünen wurden als neue Volkspartei beschrieben, ohne dass sie das auf Bundesebene bis jetzt geworden wären. Es gilt vielmehr das Bonmot des britischen Labour-Politikers Harold Wilson: A week is a long time in politics. Es kann noch jede Menge passieren bis zu den Wahlen des Jahres 2019. ●



Prof. Dr. Christian Krell ist Autor und Mitherausgeber von »Reclaiming Action«. Er lehrt Staatsrecht und Politik an der Hochschule des Bundes und leitete von 2016 bis 2018 das nordische Büro der FES.

Trotz Brexit-Votum: kein Bruch mit dem Kontinent

Studie über das Bild der EU in Großbritannien

Von Christos Katsioulis

Am 23. Juni 2016 stimmte eine Mehrheit von 51,9 Prozent der britischen Bürger_innen für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union und überstimmte damit denkbar knapp diejenigen, die sich für einen Verbleib in der Gemeinschaft aussprachen. Dieses enge Votum ist Ausdruck einer tiefen Spaltung der britischen Gesellschaft in dieser für die Zukunft des Vereinigten Königreiches so entscheidenden Frage.

Diese Spaltung wirkt fort. Deutliche Mehrheiten beider Lager stehen unverbrüchlich hinter ihrer damaligen Entscheidung. Die kompromissbereite Position von Theresa May trifft zwar durchaus auf Zustimmung in der Bevölkerung, der Gruppe der Moderaten stehen aber zahlenmäßig vergleichbare Lager hartleibiger Brexiteers und kompromissloser Remainers gegenüber. Dies belegen die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Befragung der britischen Wähler_innen durch policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Grund für die fundamentalen Meinungsverschiedenheiten sind die gegensätzlichen Einschätzungen der Folgen des bevorstehenden Brexits. Die Ausstiegsbefürworter_innen erwarten mehrheitlich eine Stärkung des Landes, während die Brexitgegner_innen eine Schwächung befürchten – eine Befürchtung, die auch unter den Brexiteers jeder Vierte teilt. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der Anteil der Zweifler_innen am eigenen Wahlentscheid im Lager der Brexiteers mit 17 Prozent mehr als doppelt so groß ist wie im Lager der EU-Befürworter_innen (7 %).

Immerhin vier von zehn Befürworter_innen des Ausstiegs wollen die Rückkehroption nicht ausschließen – eine Option, die im Lager der Remainer fast nur Zustimmung findet (91 %).

Das Offenhalten eines Rückkehrrechts dürfte nicht zuletzt daher rühren, dass sich das Image der EU auch in Großbritannien spürbar verbessert hat. Eine relative Mehrheit der Brit_innen bewertet – quasi im Rückblick – die EU-Mitgliedschaft als vorteilhaft für das eigene Land; nur ein Drittel ist der Überzeugung, die Nachteile würden überwiegen.

Es mutet paradox an, dass sich die traditionell EU-kritischen Brit_innen kurz vor dem Vollzug des

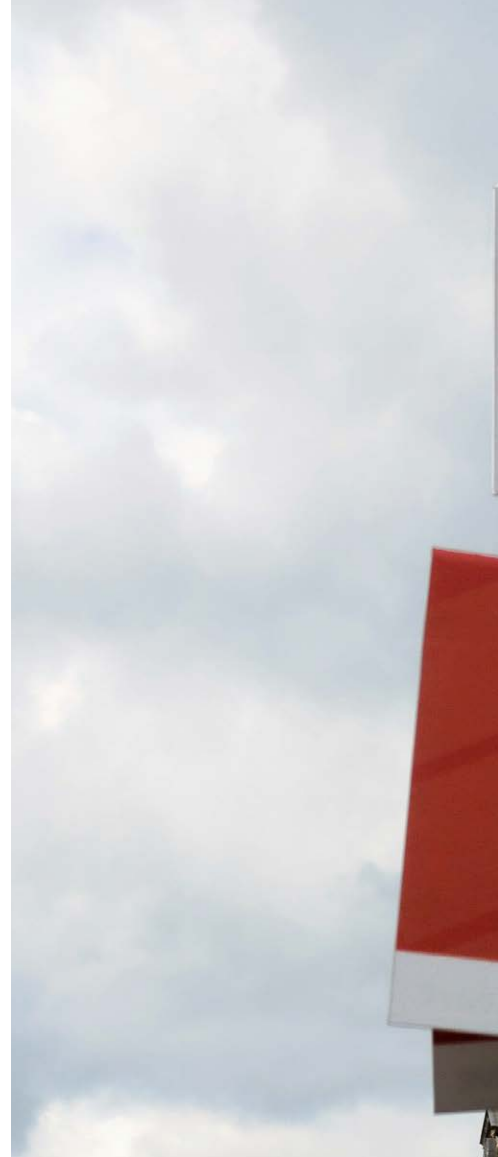
Brexits der eher positiven EU-Bewertung der Kontinentaleuropäer_innen angeglichen haben.

Das Brexitvotum ist nicht als Misstrauensvotum gegenüber den verbleibenden EU-Mitgliedstaaten zu verstehen. Im Gegenteil: Jeweils relativ deutliche Mehrheiten der Brit_innen bewerten das Verhältnis zu wichtigen EU-Partnerstaaten wie den Niederlanden, Deutschland, Frankreich und Polen als ausgesprochen vertrauensvoll.

Die langjährige gemeinsame Mitgliedschaft in der EU hat offenbar zu einer Entspannung der historisch nicht unbelasteten Beziehungen zu einigen dieser Länder beigetragen. Keine schlechte Grundlage für die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU. ●



Nicole Katsioulis und Christos Katsioulis leiten gemeinsam die FES-Vertretung in London.





KOMMENTAR

Ein Schrei nach Veränderung

Von Nicole Katsioulis

Auch wenn man den Brexit ablehnt, sollte man sich vielleicht daran erinnern, warum 2016 so viele Menschen den Brexit gewählt haben. Das Referendumsergebnis war im Grunde ein lauter Schrei nach Veränderung. Der Sieg des Leave-Lagers kann nicht einfach nur erklärt werden mit der Ablehnung gegenüber Ausländern oder der Nostalgie bezüglich des britischen Empire. Viele Leave-Wähler fühlten und fühlen sich nach wie vor von der Politik verlassen, leiden unter der Austeritätspolitik und der großen Einkommensungleichheit. Die EU – so der Vorwurf – trage nichts zur Lösung der Probleme der britischen Bevölkerung bei.

May hat den Fehler gemacht, dass sie eine relativ harte Brexit-Linie verfolgt hat und dass sie die Interessen der 48% Remain-Wähler völlig ignoriert hat. Sie hat auch nichts unternommen, um die sozialen Probleme der Leave-Wähler anzugehen. Ihr Brexit-Deal ist nicht die passende Antwort für die Probleme des Landes.

Nun müssen langfristige Strategien und politische Programme gefunden werden, die sich sowohl an die Wünsche der Leave-Wähler richten als auch an die Wünsche der Remain-Wähler.

Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass Artikel 50 verlängert wird und die Politiker die Debatte zur Bevölkerung hin öffnen. Es könnte eine Bürgerversammlung einberufen werden, die die verschiedenen Optionen untersucht, und am Ende könnte ein Referendum einberufen werden, in dem über diese Optionen abgestimmt werden würde. So eine Wahl wäre KEINE Wiederholung des Referendums von 2016, sondern es wäre eine echte Wahl über verschiedene Modelle/Optionen zur Zukunft des Landes in oder außerhalb der EU. Die Optionen müssten aber deutlich erklärt werden und klar umrissen sein, sodass sie auch vom britischen Unterhaus umgesetzt werden könnten. Die Medizin für den Brexit darf nicht sein: weniger Demokratie, sie muss sein: mehr Demokratie. ●

Eurozonen-Haushalt: ja, nein, vielleicht

Ohne Gestaltungsanspruch keine Reform der Eurozone

Von Björn Hacker

Wir schlagen die Schaffung eines Eurozonen-Haushalts im Rahmen der Europäischen Union ab 2021 vor, um die Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Stabilisierung innerhalb des Euro-Währungsgebiets zu fördern.« Mit diesem Satz der deutsch-französischen Erklärung des Gipfeltreffens der Regierungschefs beider Länder in Meseberg im Juni 2018 schien ein langer Zwist beendet. Denn seit Jahren kommt die Reform der Währungsunion nur in Trippelschritten voran.

Die Eurokrise ab 2010 zeigte: Die im Vertrag von Maastricht aufgesetzte Architektur der Eurozone ist weder vollständig noch krisenfest. Doch während auf europäischer Ebene mit Krisenbeginn die Arbeiten an zahlreichen Roadmaps, Blueprints und Zukunftsberichten für eine sturmsichere Ausgestaltung begannen, pflegte man in Berlin lieber das Märchen von den über ihre Verhältnisse lebenden Südländern als originären Grund für eine identifizierte Staatsschuldenkrise. Folgerichtig plädierte Deutschland stets für härtere Überwachungs- und Sanktionsmechanismen für den existierenden Stabilitäts- und Wachstumspakt, lehnte aber alle systemischen Veränderungen der Währungsunion ab. Solange sie lebe, solle es keine Eurobonds geben, so Angela Merkels zugespitzte Verweigerung umfassender Reformen im Jahr 2012.

Nur widerwillig und in höchster Not einer ausufernden Krise hat Deutschland den permanenten Rettungsschirm ESM und die Bankenunion akzeptiert. Besonders kritisch steht man der von Frankreich schon früh erhobenen Forderung nach einem eigenen Haushaltsbudget für die Eurozone gegenüber. Emmanuel Macron weist in Übereinstimmung mit internationalen Forschungsergebnissen darauf hin, dass durch nationale Strukturreformen allein wirtschaftliche Ungleichentwicklungen weder verhindert noch eingeebnet würden. In der Konsequenz wird aus Paris die Notwendigkeit einer gemeinsam finanzierten Schutz- und Stabilisierungsfunktion für schwere regionale Krisen im Währungsraum betont. Hierzulande überwiegt in der politischen Arena jedoch die Angst vor dem Entstehen einer Transferunion. Den Schlendrian anderer Mitgliedstaaten könne man ja schlecht mit deutschem Steuerzahlergeld stützen, so ein häufig vorgebrachtes Argument.

Die falsche Wahrnehmung der Eurokrise als einzelstaatliches Fehlverhalten (wobei der eigene, zu hohe Exportüberschuss gerne ausgeblendet wird) führt zu einem irrigen Festhalten Deutschlands am institutionellen Status quo der Wäh-

rungsunion. Ungleichgewichten möchte man durch das Vertrauen auf die Allokationswirkung der Marktkräfte begegnen, wettbewerbsfördernde Strukturreformen und eine dauerhafte Prise Austerität sollen für Stabilität in der Eurozone sorgen. Die prinzipielle Zustimmung zu einem Eurozonen-Haushalt in der Erklärung von Meseberg sagt noch nichts aus über dessen konkrete Ausgestaltung. Hierüber scheint die Regierungskoalition zerstritten. Der im Herbst 2018 lancierte Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) für eine Konkretisierung des Eurobudgets als Stabilisierungsfonds für nationale Arbeitslosenversicherungen wurde umgehend von der Regierungschefin gestoppt. Auch zum bereits 2017 von der Europäischen Kommission vorgelegten Konzept für eine aus dem EU-Haushalt finanzierte europäische Investitionsstabilisierungsfunktion auf Kreditbasis gibt es in Berlin keine einheitliche Positionierung – obwohl ein »Investivhaushalt für die Eurozone« explizit im Koalitionsvertrag erwähnt wird.

Der gefeierte Kompromiss von Meseberg erscheint so als Feigenblatt der deutschen Regierung, hinter deren Rücken sich nun die Niederlande als Sprecher der »hanseatischen Liga« eini-





ger kleinerer Staaten und erbitterte Gegner größerer Reformen hervorwogen. So wurde auf dem Euro-Gipfel im Dezember 2018 die Konkretisierung des Eurozonen-Haushalts erneut vertagt. Verspielt ist so erst einmal die Chance, die Währungsunion für die nächste Krise zu rüsten und politische Handlungsfähigkeit zu beweisen. Der Glaube an die Marktkräfte und der Verzicht auf aktive politische Gestaltung bei der Reform der Eurozone wird zunehmend zur existenziellen Bedrohung des Integrationsprojektes. Um es noch zu retten, ist es höchste Zeit für eine Umkehr. ●

Vom Autor ist jüngst im J.H.W. Dietz-Verlag erschienen: »Weniger Markt, mehr Politik«



Dr. Björn Hacker ist Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

EINSCHÄTZUNG

Rumänien: Umstrittene Reformvorhaben Widerstand gegen Missbrauch politischer Macht

Von Stefan Meuser

Rumänien ist gerade recht prominent in den Medien, weil das Land erstmals die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Innenpolitisch gibt es aber gleichzeitig jede Menge Probleme. Bereits seit unmittelbar nach Amtsantritt der sozialliberalen Regierung im Januar 2017 drehen sich große Teile der innenpolitischen Diskussion in Rumänien nahezu ausschließlich um die von ihr vorangetriebenen Justizreformen. Nachdem 2017 zunächst das überhastete Vorgehen zu großen Massenprotesten in allen größeren Städten geführt hatte und deshalb aufgegeben wurde, verlagerte sich im gerade abgelaufenen Jahr die Debatte auf die im Parlament eingebrachten Reformvorhaben.

Dabei irritieren sowohl die Intransparenz des Vorgehens als auch die Tatsache, dass es ausgerechnet bereits straffällig gewordene Politiker rund um den Parteichef der Sozialdemokraten, Liviu Dragnea, sind, die die vorgesehenen Änderungen propagieren. Im Klartext steht der Verdacht im Raum, sich selbst im Bereich der Korruptionsstrafbarkeit zu begünstigen. Da sich die parlamentarische Opposition und Staatspräsident Johannis sowie große Teile der Richter und Staatsanwälte kategorisch gegen jede Änderung ausgesprochen haben, ist der Justizbereich im Moment der große innenpolitische Zankapfel.

Während in Polen und Ungarn gezielt die Zusammensetzung von Gerichten abgebaut, das Betätigungsfeld von Nichtregierungsorganisationen beschnitten oder der Regierungseinfluss auf vorher unabhängige Medien ausgeweitet wurde, möchten in Rumänien einige Mitglieder der politischen Klasse schlicht und einfach nicht ins Gefängnis. Der hiesige Ehrgeiz ist also – bisher – nicht, das staatliche Institutionengefüge umzubauen oder die Meinungsfreiheit anzutasten. Außerdem existieren mit dem Verfassungsgericht und dem Staatspräsidenten weiterhin funktionierende »checks and balances«, die es in den beiden anderen Ländern nicht mehr gibt. Es würde derzeit politisch wenig Sinn machen, nun auch noch das dritte große osteuropäische Mitgliedsland unter das Artikel-7-Verfahren zu stellen, zumal die Bevölkerung und auch die politischen Eliten Rumäniens immer noch eine proeuropäischen Grundausrichtung vertreten. ●



Stefan Meuser leitet das FES-Büro Rumänien/Republik Moldau in Bukarest.

Unfairer Wettbewerb

Europäische Regeln für digitale Plattform-ökonomie entwickeln

Leonie Nora Rinke

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt radikal und mit hohem Tempo. Kein anderes Phänomen spiegelt dies deutlicher wider als die digitale Plattformwirtschaft. Spätestens seit den Gerichtsverfahren gegen Uber oder den Protesten von Deliveroo-Lieferanten ist sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die neuen Digitalunternehmen zeichnen sich gegenüber ihren »analogen« Konkurrenten nicht nur durch effiziente und nutzerfreundliche Geschäftsmodelle aus. Sie steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit häufig durch altbekannte Muster: die Abwälzung sozialer Kosten auf ihre Arbeitskräfte und die Umgehung arbeits- und sozialrechtlicher Standards. Neueste Studien belegen, dass die »Plattformisierung« von Arbeit bei Weitem kein Randphänomen mehr ist, als welches sie bis vor Kurzem in Politik und Öffentlichkeit behandelt wurde. Im Gegenteil, laut Joint Research Centre der Europäischen Kommission hat ein signifikanter Anteil von durchschnittlich 10% der Erwachsenen in Europa ihre Arbeitskraft bereits auf Plattformen angeboten – Tendenz steigend. Dennoch werden die soziale Dimension der Plattformwirtschaft und ihr Einfluss auf das Leben und Arbeiten von Millionen von Europäerinnen und Europäern bisher weitestgehend vernachlässigt.

Die Europäische Kommission hat zwar die Gestaltung des digitalen Binnenmarktes zur Priorität der gegenwärtigen Legislaturperiode erhoben und zahlreiche Initiativen für faire Regeln auf dem gemeinsamen Markt vorangebracht. Allein die arbeitsrechtliche Regulierung lehnt sie unter dem Diktum scheinbarer Komplexität der Plattformlandschaft bisher jedoch konsequent ab. Dies ist nicht nur aus beschäftigungspolitischer Perspektive fatal: Auch ein unfairer Wettbewerb zwischen digitalen und herkömmlichen

Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten wird so gefördert. Zudem kann die Komplexität unterschiedlicher Arten von Plattformen keine Ausrede dafür sein, untätig zu bleiben. Auch in der herkömmlichen Arbeitswelt gibt es höchst differenzierte Beschäftigungsmodelle. Dennoch gelten die gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen für alle Beteiligten. Unter dem Narrativ »Digital ist alles anders« wird toleriert, dass ein ganzer Sektor bestehende Regelungen missachtet und eigene Regeln definieren kann.

Eine EU-Richtlinie wäre eine gemeinsame Antwort aller Mitgliedstaaten auf die arbeitsrechtlichen Herausforderungen und könnte grundlegende arbeits- und sozialrechtliche Regelungen auf die Plattformökonomie übertragen. Im Zentrum einer solchen Richtlinie sollte die Rechtsvermutung stehen, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitskraft und Plattform vorliegt. Dies würde der gängigen Praxis vieler Online-Plattformen einen Riegel vorschieben, die ihre Arbeitskräfte pauschal als Selbstständige kategorisieren und so jegliche Verantwortung von sich weisen. Besteht eine tatsächliche Selbstständigkeit, läge es bei der Plattform, dies zu beweisen. Die Richtlinie könnte in diesem Zusammenhang einen Kriterienkatalog einführen, der definiert, inwiefern die Plattform als Arbeitgeber fungiert und entsprechende Pflichten erfüllen muss. Kriterien wären etwa die Festlegung von Entgelthöhen, Qualitätskontrollen der Arbeit sowie die Erstellung von Ratings. Ebenso könnte

eine Richtlinie Mindeststandards für Plattformbeschäftigte festlegen und missbräuchliche Vertragspraktiken und Arbeitsbedingungen verbieten. Zudem ließe sich das Konstrukt des »digitalen Grenzüberschritts« definieren für Fälle, in denen eine Arbeitskraft in einem Land arbeitet, die Dienstleistung digital de facto jedoch in einem anderen Land erbringt. Dies würde die Anwendung der Europäischen Entsende- und Dienstleistungsrichtlinie sowie von Handelsverträgen sicherstellen.

Eine EU-Richtlinie zur Plattformarbeit wird nicht alle Probleme lösen. Viele Begleiterscheinungen der digitalen Plattformökonomie sind längst auch in der herkömmlichen Wirtschaft angekommen: Soloselbstständigkeit fernab des ursprünglichen Unternehmertums, Fragen der Überwachung und permanenten Erreichbarkeit oder auch der sozialen Absicherung neuer Arbeitsformen. Allerdings kann eine EU-Richtlinie, wie bei Teilzeit- und Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverträgen geschehen, einen rechtlichen Rahmen setzen, innerhalb dessen ein Mindestmaß an sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz sichergestellt wird.

Denn klar ist: Die Lösung der sozialen Frage in der digitalen Plattformwelt darf nicht wie bisher nationalen Gerichten oder dem EuGH überlassen werden; bestehende Regeln müssen vorausschauend weiterentwickelt werden. Der europäischen Politik kommt hier eine klare Gestaltungsaufgabe zu. Dazu muss die EU-Kommission endlich von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen. ●



Leonie Nora Rinke ist Referentin für Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Europäischen Parlament bei dem Europa-abgeordneten Dr. Joachim Schuster.

Stagnation statt Fortschritt

Klimaschutz und Klimadiplomatie der EU nicht ambitioniert genug

Von Arne Lietz

Die Weltklimakonferenz im polnischen Katowice (COP24) vereinbarte zwar ein Regelwerk als technische Grundlage für die weltweite Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, aber die Europäische Union war leider zu zögerlich, ihrer einstigen kontinentalen Vorreiterrolle gerecht zu werden und alles in ihrer Kraft stehende auch wirklich dafür einzusetzen! Der Sonderbericht des Weltklimarats IPCC, zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels mehr Anstrengungen zu unternehmen, hat leider zu keinem wirklichen Ruck innerhalb der EU geführt.

Dabei hatte die Europäische Union maßgeblich dazu beigetragen, dass das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 verabschiedet werden konnte. Europäische Klimapolitik wurde international als Vorbild gewertet, da die EU und ihre Mitgliedstaaten sich zum Teil ambitionierte Ziele gesetzt und erreicht haben. Allerdings ist Klimapolitik ins Hintertreffen geraten, Fortschritt ist Stagnation gewichen. Immer lauter werden diejenigen Stimmen, die der EU Scheinheiligkeit vorwerfen mit Blick auf ihre eigene Klimapolitik und hinsichtlich der Forderungen, die sie an ihre internationalen Partner richtet.

Der im Juni 2018 vom EU-Parlament verabschiedete Bericht zu Klimadiplomatie, den ich initiierte und mitverhandelt habe, enthält ebenfalls die Forderung, die Klimaziele anzuheben, indem er für die konsequente Umsetzung der Ziele des Pariser Abkommens und eine ambitioniertere klimapolitische Agenda für die Europäische Union wirbt. Hierzu gehört auch, finanzielle und personelle Ressourcen in den klimapolitischen Ressorts der EU-Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes aufzustocken. In den EU-Delegationen in Drittländern sowie im Rahmen von Delegationsreisen des Europäischen Parlaments muss Klimapolitik stärker mit auf das politische Tableau genommen und zu einem festen Bestandteil diplomatischer Bemühungen der EU werden. Obwohl sich die EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld des Parlamentsberichts in einem Beschluss ebenfalls für die Intensivierung der Klimadiplomatie aussprachen und der Bericht eine breite Parlamentsmehrheit erhielt, spiegelt sich das leider noch nicht wirklich in den ersten Entwürfen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 wider.

Der Bericht fordert zudem, dass klimapolitische Überlegungen Teil aller Politikfelder werden, insbesondere in der

Außen- und Sicherheitspolitik, der Handels- und Finanzpolitik und in der Entwicklungspolitik. So sollten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Drittstaaten künftig auch in Klimafragen kohärent mit EU-Normen sein.

Außerdem muss die EU größere Solidarität gegenüber gefährdeten Staaten und Regionen zeigen. Während europäische Informationskampagnen verstärkt auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel, sozialer Ungerechtigkeit, Migration, Hunger und Armut hinweisen sollten, müssen wir auch konkrete Schritte unternehmen, um gefährdete Partnerländer darin zu unterstützen, ihre Widerstandsfähigkeit und ihre Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu verbessern. Konkret bedeutet dies auch, dass die EU finanzielle Mittel für die internationale Umsetzung der Klimaziele bereitstellt und endlich erhöht, um weniger zahlungskräftige Länder zu unterstützen.

Die EU muss bei der nächsten UN-Klimakonferenz noch stärker mit einer starken, geeinten Stimme sprechen und sich klar zu einer progressiven, solidarischen und ambitionierten Klimapolitik bekennen. Auch steht bei der EU die klare Strategie, gleichzeitige Erfüllung der Klimaziele und der entwicklungspolitischen Ziele 2030 der UN (SDG) weiterhin noch aus! Die europaweite Dürre in den Sommermonaten dieses Jahres hat gezeigt, wie nah der Klimawandel inzwischen gerückt ist. Damit wird klar: Es bleibt nicht viel Zeit, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, mit deren Hilfe die Auswirkungen des Klimawandels in Europa und weltweit eingedämmt werden können.

Die EU-Kommission muss sich zusammen mit Parlament und Mitgliedstaaten endlich auf eine gemeinsame klimapolitische Linie und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner festlegen! ●



Arne Lietz ist SPD-Abgeordneter für Sachsen-Anhalt im Europäischen Parlament.

Notizen



Vertrauensverlust ist das Schlagwort der Stunde, wenn es um Demokratie und Parteien geht. Was **politisches Vertrauen** eigentlich ist, welche Bedeutung es für die Demokratie hat und wie es gewonnen wird, diesen Fragen ging die Tagung »Trust me if you can! Die Bedeutung von Vertrauen für die Demokratie« in Berlin nach. Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender der Jusos, reflektierte die Vertrauensfrage mit Bezug auf den **Erneuerungsprozess** der Sozialen Demokratie.

Die Parteivorsitzende der kapverdischen Sozialdemokraten (PAICV), Janira Hopffer Almada, war Ende November als Gast der FES in Berlin. Vor dem Hintergrund der aktuellen afrikapolitischen Initiativen Deutschlands und Europas ging es in zahlreichen Gesprächen u. a. auch darum, wie **Kap Verde**, das nach Reformen in den 90er Jahren heute als »middle income country« zählt, Impulse für inklusives Wachstum in die Region Westafrika tragen und seiner **Brückenfunktion** zwischen Europa und Afrika noch stärkeres Gewicht verleihen kann. Die Kontakte der FES mit der PAICV reichen bis in die Zeit der politischen Transformation in den 90er Jahren zurück, als die FES sogar mit einem **Büro** in der Hauptstadt Praia vertreten war.

In Tel Aviv feierte die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr 40-jähriges **Jubiläum** der Gründung ihres Büros in Israel. In diesem Rahmen diskutierten Politiker_innen aus Israel, Deutschland und der EU die **Herausforderungen** und Perspektiven der Sozialdemokratie. Die besondere Rolle der internationalen Zusammenarbeit betonten der FES-Vorsitzende Kurt Beck, der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, MdB Martin Schulz, und der israelische Minister a. D., Yossi Beilin.



Aus Anlass des 20. Jahrestages der Wahl Gerhard Schröders zum **Kanzler** der ersten rot-grünen Bundesregierung blickte die FES am 5. November 2018 zurück auf das »rot-grüne Projekt«. Gerhard Schröder, Jürgen Trittin, Andrea Nahles und Annalena Baerbock sprachen vor 650 Gästen, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der früheren Schröder-Kabinette, und lenkten vom Rückblick auch hin zu aktuellen Herausforderungen.

Europa steht einem **Krisenumfeld** gegenüber, das Instabilität in der Peripherie, wiederkehrende Großmachtkonflikte, Terror- und Cyberangriffe vereint. Braucht es daher einen europäischen **Nachrichtendienst**? Dieser Frage widmeten sich über 40 Expert_innen aus Politik, Wissenschaft und Ministerialbürokratie, die die FES am 10. Oktober 2018 ins Paul-Löbe-Haus des deutschen Bundestags eingeladen hatte. Eingeleitet durch Inputs von Gerhard Conrad (Direktor, EU Intelligence Situation Centre), Thomas Hitschler (MdB, SPD-Fraktion) und Raphael Bosong (Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik) kamen die Teilnehmer_innen überein, dass das Ziel eines strategisch autonomen Europas ohne eng verzahnte Nachrichtendienste nicht erreichbar ist. Wünschenswert sei darum eine Integration, die sich die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit aus den Bereichen **Sicherheit und Verteidigung** zum Vorbild nimmt.

Mit der viel zitierten Formel »**Wandel durch Annäherung**« läutete Egon Bahr in den 1960er Jahren den Beginn der »Neuen Ostpolitik« ein. Kern dieser Politik war Bahrs Erkenntnis, dass der erste Schritt zur **Überwindung** eines ungeliebten Status quo dessen Anerkennung ist. Bahrs Ansatz bedeutete eine Zäsur für das westdeutsche Verhältnis zur DDR, die bis dahin im offiziellen Sprachgebrauch nur die »Sowjetische Besatzungszone« war.

Im **heutigen Georgien** lassen sich Parallelen entdecken. Die separatistischen Gebiete Südossetien und Abchasien werden von der Regierung in Tiflis als von Russland besetzte Territorien bezeichnet, diplomatische Beziehungen mit Moskau existieren seit dem kurzen **Krieg von 2008** nicht mehr. Gibt es also etwas, was Georgien heute aus Bahrs Ostpolitik lernen kann? Die Veröffentlichung der georgischen Übersetzung von Bahrs Buch »Das musst Du erzählen ...« nahm das Regionalbüro der FES in Tiflis zum Anlass, am 30. November 2018 diese Frage zur Diskussion zu stellen. Mit dabei: Der langjährige SPD-Außenpolitiker Karsten D. Voigt und die Friedensaktivistin und ehemalige Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer.



»Wie viel Jugend braucht die Politik?« Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde des Landesbüros NRW in Bielefeld: Während Wolfgang Gründinger, mit seinem Buch »Alte Säcke Politik« Preisträger des Politischen Buchs der FES, beklagte, Politik werde vor allem im **Interesse der Älteren** gemacht, konterte der ehemalige SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Franz Müntefering: »Wenn man Politik in Jung und Alt aufteilt, läuft man an der Wahrheit vorbei. Die **gesellschaftlichen Konfliktlinien** sind Fragen von Reich und Arm, nicht von Jung und Alt.«

»Glaubwürdigkeit ist die Währung der Politik«, so der frühere Ministerpräsident und Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Beck. Dass **Glaubwürdigkeit** viel mit Zuhören und weniger mit Weinfesten zu tun hat, legte er anschaulich im Gespräch mit der Politikjournalistin Anke Hlauschka dar. Über 100 Interessierte diskutierten in Stuttgart mit. Die Veranstaltung »Vertrauensfragen« war der Auftakt einer Reihe der politischen Stiftungen zu **Grundsatzfragen der Politik**, die im Rahmen einer Ausstellung zur Begründung der Demokratie im Südwesten Deutschlands stattfindet.

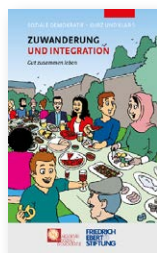


Gespräche über den Tellerrand führen. Gespräche mit Menschen, die einem noch nicht bekannt sind, aber auch mit **Gleichgesinnten**, die den eigenen Weg bereits gekreuzt haben. Gespräche, bei denen Ideen, Forderungen, Projektentwürfe oder **lose Gedanken**

ausgetauscht werden. Das macht das neue Format des BayernForums, das Red Dinner, aus. Wie kann ein soziales, solidarisches und wirtschaftlich starkes Europa aussehen? Vorschläge dazu hat Martin Speer, Aktivist bei HERR & SPEER (#FreeInterrail, #EsIstZeit) und Autor (»#TunWirWas. Wie unsere Generation die Politik erobert«), beim Dinner mit dem Titel »Wie schmeckt Europa?« formuliert. Er stimmte dabei die Gäste mit einer **inspirierenden Tischrede** auf die kommenden europapolitischen Monate ein.

Leseempfehlungen

AKADEMIE SOZIALE DEMOKRATIE



Zuwanderung und Integration
Gut zusammen leben
Barbara Mounier

INTERNATIONALER DIALOG



Das Schweizer Asylverfahren
Ein Zukunftsmodell für Europa?
Constantin Hruschka

FORUM BERLIN



Von der Reaktion zur Aktion
Diskursstrategie gegen Rechtspopulismus
Johannes Hillje

MANAGERKREIS



Digitale Transformation
Eine Aufgabe, an der Finanzdienstleister nicht scheitern dürfen
Sebastian Steger

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



Die Öffnung der Ehe und ihre Folgen
Hinweise für eine erfolgreiche Begleitung ihrer Umsetzung
Prof. Dr. Friederike Wapler

FÜR EIN BESSERES MORGEN



Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich
Was die Deutschen von Europa erwarten
Martha Posthofen, Frieder Schmid

PERSPEKTIVE



Kooperative oder Konkurrenz?
Sicherheit in Westafrika zwischen ECOWAS und G5
Jan Grebe

WISO-DISKURS



Das Vorsorgekonto
Basisprodukt für die private Altersvorsorge
Jürgen Stellpflug, Barbara Sternberger-Frey, Claudia Tuscherer

WISO-DIREKT



Atommüll
Zum ungelösten Problem Kernenergie
Michael Müller

KOMMUNALAKADEMIE



Kommunale Umweltpolitik
Axel Welge



www.fes.de/de/publikationen
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.



Hat die EU ausgedient? Nach zehn Jahren Dauerkrise ist die europäische Integration in schlechter Verfassung. Doch Diskussionen über die Kompetenzverteilung zwischen Brüssel und den nationalen Hauptstädten gehen an der zentralen Konfliktlinie vorbei. Nicht »mehr« oder »weniger« Europa entscheidet die Zukunft des Kontinents. Europa kann vom Sündenbock zum Problemlöser werden, wenn es sich von der derzeit dominanten Marktgläubigkeit der Europapolitik löst und den politischen Gestaltungsanspruch in den Mittelpunkt stellt.

Im Zentrum steht eine Überwindung des »Weiter so« in den drei Reformfeldern Eurozone, soziale Spaltung und Migrationspolitik. Als Werkzeug gegen den Unmut über die Globalisierung, gesellschaftliche Abstiegsängste und eine angeblich alternativlose Politik könnte der europäischen Integration eine neue Rolle als Rettungsanker in instabilen Zeiten zukommen. Ein Aufruf zur Kurskorrektur im Hinblick auf die Europawahlen 2019: Europas Stunde der Entscheidung ist jetzt!

264 Seiten | Broschur | 18,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0534-8

Die Welt ist im Umbruch und Deutschland mittendrin. Genug Stoff für Debatten: Krise des Multilateralismus, Krise der Demokratie, Krise des Westens.

Die Autorinnen und Autoren des IPG-Journals aus Politik, Wissenschaft und Medien haben 2018 mit ihren kritischen Meinungsbeiträgen neue Impulse, Entwicklungen und Trends gesetzt, erklärt und beschrieben. Für eine konstruktive Diskussion über internationale Politik links der Mitte. Die wichtigsten Beiträge erscheinen jedes Jahr in Buchform.

Die Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft / IPG-Journal ist eine engagierte Debattenplattform. Sie nimmt die drängenden politischen und gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft in den Blick. Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis analysieren, beschreiben, kommentieren und deuten die sich wandelnde Welt jede Woche neu.

Mit Beiträgen von Francis Fukuyama, Daniel Ziblatt, Andrea Nahles, Jan Werner Müller, Jayati Ghosh, Branko Milanovic u. a.

336 Seiten | Broschur | 18,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0556-0

